

...bzwärts
...em
...verkauf!
...! Und zwar jene,
...nichts besonderes
...nun sehen sie,
...abwärts wandern!
...SSER-Leistungen!
...naben-Mäntel
Or. 1-4 in Serien
80 3.75 2.95 2.50
...naben-Anzüge
Or. 1-4 in Serien
75 4.90 3.50 1.95
...nglings-Anzüge
streift und Sportstoffe
50 22.- 19.50 13.50
...nglings-Mäntel
gendliche Musterungen
50 18.- 16.75 12.75
...sser
Spezialhaus für
Bekleidung. (4246)
...säume
...verkauf.
...berschuhen.
...haus
...ing
...och in Holland
...ten uns eine
...ssenen Preisen
...ip. [444g
Pfd, 78 Pfg.
" 95 "
" 80 "
" 54 "
" 25 "
" 25 "
Pfd. 1.60 RM.
Pfd, 30 Pfg.
" 33 "
18 Pfg. an
Pfd, 12 Pfg.
" 12 "
Stck. 30 Pfg.
Dose 58 "
Dose 72 "
3 %
Tel. 2134
Dr. Georg Heider,
Fritz Reiliger, Münster
Friedrich: Peter
schulz in Dortmund.
erfelde. Für den Zeno-
pen. Münster L. W.
i. W.
Schmitt, Bocholt; für
Bocholt.
schulzstr. 14.
4:
20.
Wesel: 962.

Zeno-Zeitung

Rheder Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und IJelburger Zeitung.

65. Jahrgang
Verlagsort: Bocholt.
Vertriebsort: Dortmund

Volksblatt für Bocholt und den Kreis Borken

Amliches Kreisblatt für den Landkreis Borken.
Sauptredaktion: Bocholt, Marktstraße 14. Telefon 2044/5.
Bezugspreis: Abgeholt von der Geschäftsstelle 45 Pfg. wöchentlich. Durch Boten gebracht 2.20 Mf. monatlich, einschließlich 25 Pfg. Botenlohn. Durch die Post einschließlich 42 Pfg. Beistellgeld 2.52 Mf. — Zeno-Sammel-Anzeigenpreise: 10 Pfg. bei 22 Millimeter Breite Stellengröße 6 Pfg. Klebpreis (Textbreite) 80 Pfg. je Millimeter (Preisliste Nr. 1 gültig vom 1. 1. 35).

Nummer 31 Freitag, den 1. Februar 1935 Jahrgang 1935

Flandin und Laval in London.

Die umstrittene Einigungsformel.

London, 31. Januar.
Ministerpräsident Flandin und Außenminister Laval trafen am Donnerstag kurz nach 19 Uhr in London ein. Sie wurden auf dem Victoria-Bahnhof von Ministerpräsident MacDonald und Außenminister Sir John Simon begrüßt. Der französische Botschafter und ein Vertreter der englischen Regierung waren den französischen Ministern nach Dover entgegengefahren.
Für die amtlichen Besprechungen in London sind Freitag und Sonnabend vorgesehen. Auf englischer Seite wird außer MacDonald und Sir John Simon auch Baldwin an den Verhandlungen teilnehmen. Während es allgemein als sicher gilt, daß Laval schon am Sonnabend oder am Sonntag wieder nach Paris zurückkehrt, wird der französische Ministerpräsident noch das Wochenende auf dem Lande verbringen, wo er, wie angenommen wird, Finanz- und Wirtschaftsfragen mit englischen Ministern und anderen Persönlichkeiten besprechen will. Vor allem liegt ihm die Frage der Währungsstabilisierung am Herzen, in der er jedoch kaum auf großes Entgegenkommen von britischer Seite rechnen kann.
Für die Besprechungen am Freitag und Sonnabend scheint eine eigentliche Tagesordnung nicht zu bestehen, obwohl die Zusammenkunft mit ungewöhnlicher Gründlichkeit vorbereitet worden ist. Dies hat seinen Grund vor allem darin,

Botschafter in Paris mit den französischen Ministern gehabt hat, in den letzten 24 Stunden eine gewisse Annäherung der beiderseitigen Auffassungen über die Behandlung der schwebenden Fragen ergeben zu haben scheint.

So wird es doch als völlig irreführend bezeichnet, von einer Einigung über die Hauptpunkte der Pläne der beiden Regierungen zu sprechen.
Die britische Ansicht geht, kurz gesagt, dahin, daß der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund nicht, wie heute in einigen aus Paris kommenden Meldungen angedeutet wurde, zu einer zeitlichen Vorbedingung für die Gewährung praktischer Gleichberechtigung an Deutschland gemacht wird, sondern daß dieser Eintritt nur ein Teil eines allgemeinen Planes sein soll, in dem die Frage der Sicherheit und zwar nicht nur für Frankreich, sondern für alle beteiligten Länder, sowie ein Abkommen zur Beschränkung der Rüstungen enthalten sind. Dieser Plan müßte nach britischer Auffassung eine gleichzeitige Durchführung aller seiner Bestandteile vorsehen, jedoch das kollektive Friedenssystem in einem von allen daran beteiligten Mächten erstrebten Sinn zur Tatfache wird. Dieser britische Plan steht demnach weiter dauernde Fühlungnahme mit allen davon betroffenen Ländern vor-

aus und schließt eine Festlegung der Teilnehmer an den morgen beginnenden französisch-englischen Verhandlungen auf eine starre unabänderliche Linie von vornherein aus.

Zum französischen Ministerbesuch schreibt der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“: Bisher hat Frankreich den Standpunkt vertreten, daß Deutschland Sicherheitsgarantien durch den Beitritt zu neuen Pakt geben müsse, bevor die Frage seiner Rüstungen auch nur erörtert werden könnte. Großbritannien glaubt, daß diese Fragen untrennbar sind und gleichzeitig erwogen und geregelt werden sollten. Infolge der letzten Pariser Besprechungen ist es wahrscheinlich, daß Laval sich der Ansicht der britischen Regierung anschließen wird. Die britische Haltung ist bestimmt von dem Wunsch, sicherzustellen, daß Deutschland einen fairen Vorschlag erhalte: Daß für das Gewährte Gleichwertiges gefordert werde.
Ministerpräsident Flandin war heute Abend Gast des englischen Luftfahrtministers Lord Londonderry. Es fand ein kleines Dinner statt, das keinen offiziellen Charakter hatte. Unter den Gästen sah man den französischen Botschafter Corbin, Ministerpräsident MacDonald, Außenminister Sir John Simon und Schatzkanzler Chamberlain. Außenminister Laval war nicht erschienen. Er verbrachte den Abend in seinem Hotel.

Tagesrundschau.

Eine unbrauchbare Einigungsformel.
Die für die künftige europäische Politik sehr wichtigen Besprechungen zwischen den maßgeblichen englischen Staatsmännern und den beiden Franzosen Flandin und Laval nehmen heute ihren Anfang. Aus den Mitteilungen der Londoner und der Pariser Presse geht hervor, daß diese Konferenz genau so sorgsam vorbereitet worden ist wie vor kurzem die Besprechungen Laval's mit Mussolini. Ob das, was die Blätter über den Inhalt der Einigungsformel, die den Unterhaltungen in London zugrundegelegt werden soll, bis zum letzten Buchstaben stimmt, mag man dahingestellt sein lassen; es wird jedenfalls von unterrichteter britischer Seite stark bestritten. Daß aber die Angaben über den Inhalt der Formel keineswegs ganz daneben stehen, damit wird man rechnen müssen. Aus den Meldungen, die uns darüber vorliegen und die uns wichtig genug erscheinen, dazu Stellung zu nehmen, geht hervor, daß zwar die praktische Durchführung des Grundgedankes der Deutschland am 11. Dezember 1932 zugesicherten Gleichberechtigung in der angeblichen Einigungsformel enthalten ist, daß sie aber stark verfläuselt erscheint. Stimmt diese Formel auch nur irgendwie mit der in den diplomatischen Vorverhandlungen erzielten Erörterungsgrundlage tatsächlich überein, so ist dazu zu sagen, daß auf diese Weise noch keineswegs dem deutschen Standpunkt Rechnung getragen wird. Wenn nach der Darstellung der „Times“ unter der Voraussetzung, daß in Genf ein allgemeines Rüstungsabkommen zustande kommt, durch eine gemeinsame Erklärung die im Teil V des Versailler Vertrages enthaltenen Beschränkungen der deutschen Rüstungen außer Kraft gesetzt werden sollen, wenn dazu ferner ein allgemeines europäischer Pakt gehören soll, und zur Bedingung gestellt wird, daß Deutschland nach Genf zurückkehrt, um dort von den Vertragsbeschränkungen befreit zu werden, so ist kein Zweifel daran möglich, daß dieser Projektplan nicht mit der deutschen Erklärung des Führers und Reichskanzlers in Einklang steht, wonach die Gleichberechtigung die Voraussetzung einer etwaigen Rückkehr Deutschlands nach Genf ist. Der Fehler dieses Plans wäre, daß man wieder von Deutschland Vorleistungen fordert, nämlich die Zurückziehung seiner Austrittserklärung und sein Verbleiben im Völkerbund sowie allem Anschein nach auch seine Zustimmung zu dem europäischen Pakt, der die verschiedenen regionalen Pakte, also außer dem Locarno-Pakt noch den Ostpakt und den Donaupakt einschließen soll, und daß man dann obendrein noch die praktische Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung von dem Zustandekommen eines allgemeinen Rüstungsabkommens abhängig macht. So geht es nicht. Auch wenn man anerkennen muß, daß Laval den intransigenten Standpunkt seines Vorgängers Barthou verlassen hat, so bleibt doch festzuhalten, daß eine solche Einigungsformel nicht danach angeht, die deutsche Zustimmung zu erhalten. Wenn die französische Regierung die Einigung mit Deutschland will und die englische Regierung bereit ist, zu dieser Einigung beizutragen, dann muß man diese schon von einer anderen Grundlage aus versuchen, zum mindesten doch wohl von einer Grundlage, die unter Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung eine gleichzeitige Lösung des ganzen Fragenkomplexes vorsieht.

Deutsche Rückfragen zum Donaupakt

DNB Basel, 31. Januar.
Schweizer Zeitungen bringen die Meldung, wonach in Berliner diplomatischen Kreisen die Nachricht verbreitet sei, daß die deutsche Regierung gestern durch ihre Botschafter in Paris und Rom die angekündigte Rückfrage bezüglich des Nichtangriffspaktes habe überreichen lassen. Es seien bestimmte Fragen gestellt, jedoch werde als eine Vorbedingung für die Annahme des Paktes seitens der deutschen Regierung die Forderung erhoben, daß England und auch die Schweiz diesem Pakt beitreten.

Schnitt von 30 Minuten drei weitere Stöße. Während diese Beben leichter Natur waren, erfolgte um 13.39 Uhr ein weiterer starker Erdstoß, der mehrere Sekunden lang anhielt und von einem starken unterirdischen Rollen begleitet war. In den Wohnungen kamen die Einrichtungsgegenstände ins Schwanken. Sachschäden ist, soweit bis jetzt festgestellt, nicht entstanden. Der Erdstoß am Nachmittag wurde auch in Freiburg verspürt.

Französisches Torpedoboot schießt sich selbst ins Heck.

DNB Paris, 31. Januar.
Das französische Torpedoboot „Duragan“ hat sich beim Übungschießen auf der Höhe von Brest selbst einen Torpedo in das Heck geschossen. Der Torpedo, bei dessen Einstellung Fehler gemacht worden waren, beschrieb eine große Schleife, schlug steuerbordwärts beim „Duragan“ ein und blieb einen Meter unter der Wasseroberfläche 80 cm tief im Rumpf des Bootes stecken. Das Boot machte sofort die Schotten dicht und konnte mit eigener Kraft in den Hafen von Brest einlaufen. Es wird sofort ins Trockendock kommen.

Erdstöße im Bodenseegebiet.

DNB Konstanz, 31. Januar.
Am Donnerstag wurden im Bodenseegebiet, in der Hauptsache in Konstanz und Singen sowie am ganzen Untersee-Erdstöße verspürt. Der erste Erdstoß erfolgte in Konstanz um 10.15 Uhr, ihm folgten in einem Ab-

Opferschweres Eisenbahnunglück.

DNB London, 31. Januar.
Ein schwerer Eisenbahnunfall ereignete sich am Donnerstag in der Nähe von Kairo. Nach den ersten Berichten sind viele Fahrgäste, darunter auch Europäer, getötet worden.

Der Jagdbesuch Görings in Polen beendet.



Die große Staatsjagd im polnischen Waldgebiet von Bialowieza wurde am Donnerstag beendet. Der preußische Ministerpräsident General Göring, der auf Einladung des polnischen Staatspräsidenten an dieser Jagd teilnahm, ist am Donnerstag früh abgereist, um über Warschau nach Deutschland zurückzukehren. Unser Bild wurde während der Jagd aufgenommen. Es zeigt den Ministerpräsidenten Göring mit dem polnischen Staatspräsidenten Mokicki bei der Ausfahrt zur Jagd. Am Donnerstag nachmittag stattete Ministerpräsident Göring dem Marschall Pilsudski im Schloss Belvedere einen Besuch ab, der über 1 1/2 Stunden währte.

Die Niederlage Roosevelts.

Präsident Roosevelt hat im Senat, trotz der großen Mehrheit, über die er dort verfügt, eine Niederlage erlitten. Man bewertet sie in Amerika, obwohl man sich bemüht, sie schnell wieder in Vergessenheit zu bringen, als die schwerste Schlappe seit seinem Amtsantritt. Der Senat hat den Beitritt der Vereinigten Staaten zum Haager Schiedsgerichtshof abgelehnt. 52 Senatoren waren für den Beitritt, 36 dagegen, die erforderliche Zweidrittelmehrheit fehlte. Die ungeheure Agitation, die von den krassesten Anhängern der Monroe-Doktrin getrieben wurde, von den entschiedenen Gegnern jeder Beteiligung Amerikas an europäischen Streitfragen und an jeder Einrichtung, die nur irgendwie mit dem Völkerbund zusammenhängt, hat sich im Senat ausgewirkt, und allem Anschein nach hat dazu auch die Beteiligung von Frau Roosevelt an dem im Rundfunk ausgestrahlten Kampf für und gegen den Beitritt zum Haager Tribunal — die Frau des Präsidenten plädierte natürlich für den Beitritt — ein übriges getan, um noch unentschiedene Senatoren auf die Seite des Senatsvorsitzenden Vorah zu bringen, der wohl die schärfste Klinge gegen den beabsichtigten Schritt der Regierung schlug. Zunächst schien die Sache für diese garnicht ungünstig zu stehen. Der Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten hatte mit 14 gegen 7 Stimmen dem Plane Roosevelts zugestimmt. Dann aber ging der Zauber los. Im Rundfunk, in der Presse, in Reden, in Protesttelegrammen, die zu mehreren Hunderttausend in Washington eingetroffen sein sollen, stemmte

Wenn dieser von der „Times“ wiedergegebene Inhalt der Einigungsformel nicht dem entspricht, worüber man sich als Erörterungsgrundlage geeinigt hat, so wird leider nicht verraten, wie diese Grundlage in Wirklichkeit aussieht.
An unterrichteten britischen Kreisen wird vor der Annahme gewarnt, daß die französisch-britischen Besprechungen den Zweck verfolgen, feste Beschlüsse zu fassen, die danach etwa anderen Mächten „diktiert“ werden sollen. Wenn sich auch bei den Vorbesprechungen, die der britische

man sich dagegen, „in jede politische Frage, die in Europa auftaucht, hineingezogen zu werden“ durch die Beteiligung an diesem, wie Borch sagte, „politischen Tribunal“, das sich nicht als eine von aller Politik reine Institut der Rechtspflege bewährt habe und über das man nur zu bald zum Eintritt in den Völkerbund gedrängt werden würde. Daß aus dem Plan Roosevelt nichts geworden ist, bedauert man vor allem in London und Paris, wo ja die Graskwächter des Völkerbundes sitzen. Sie sind um eine große Hoffnung ärmer. Präsident Roosevelt dagegen bemüht sich, die Angelegenheit nicht allzu tragisch zu nehmen und über den für ihn nicht erfreulichen Rückschlag heiter hinwegzukommen. Er erteilt die Niederlage im Senat am Tage vor seinem 53. Geburtstag. Dieser hat denn auch schon, wie eine amerikanische Nachrichtenagentur hervorhebt, den Beweis dafür geliefert, daß die große Beliebtheit Roosevelts durch das Ereignis im Senat nicht beeinträchtigt worden ist, denn Millionen von Männern und Frauen hätten an besondern Festen zu Ehren des Präsidenten teilgenommen, die in Städten und Dörfern aller Staaten veranstaltet wurden. Die moralische Tragweite der Niederlage ist also offenbar nicht sehr groß, und diejenigen haben wohl recht, die da sagen, Roosevelts Stellung in den Vereinigten Staaten sei so stark, daß sie noch ganz andere Niederlagen vertragen.

Der Führer an Dr. Schmitt und Dr. Schacht.

DNB Berlin, 31. Januar.
Der Führer und Reichsminister hat an den Reichswirtschaftsminister und preußischen Minister für Wirtschaft u. Arbeit, Dr. Schmitt, folgendes Schreiben gerichtet:

Sehr geehrter Herr Reichsminister!
Mit Rücksicht auf Ihre immer noch nicht wiederhergestellte Gesundheit haben Sie um die Entlassung aus Ihren Ämtern als Reichswirtschaftsminister und preußischer Minister für Wirtschaft und Arbeit gebeten. Zu meinem aufrichtigen Bedauern sehe ich mich veranlaßt, dieser Bitte stattzugeben. Ich spreche Ihnen für Ihre sachkundige, unermüdete und aufopfernde Mitarbeit am Wiederaufbau des Reiches meinen besten Dank aus. Wenn die deutsche Wirtschaft in verhältnismäßig kurzer Zeit aus ihrem bedrückenden Verfallzustand herausgeführt und auf den Weg der Gesundung und Kräftigung gebracht werden konnte, so ist dieses auch Ihrer selbstbewußten Arbeit zu verdanken.

Sie, geehrter Herr Reichsminister, haben mit Ihrer Bereitwilligkeit versichert, nach Ihrer völligen Wiederherstellung jederzeit Ihre Kraft und Ihre Erfahrung in den Dienst des Reiches zu stellen. Ich würde diese Bereitwilligkeit durchaus und danke Ihnen hierfür.

Indem ich Ihnen meine besten Wünsche für eine baldige und vollständige Wiederherstellung Ihrer Gesundheit ausspreche bin ich

Ihr ergebener (gez.) Adolf Hitler.

Das Schreiben des Führers und Reichsministers an den Präsidenten des Reichsbankdirektoriums, Dr. Hjalmar Schacht, hat folgenden Wortlaut:

„Sehr geehrter Herr Reichsbankpräsident!
Herr Reichsminister Dr. Schmitt hat mit Rücksicht auf seine noch nicht wiederhergestellte Gesundheit um seine Entlassung aus seinen Ämtern als Reichswirtschaftsminister und preußischer Minister für Wirtschaft und Arbeit gebeten. Dieser Bitte habe ich stattgegeben. Ich habe Sie, Herr Reichsbankpräsident, mit der Weiterführung der Geschäfte als Reichswirtschaftsminister und preußischer Minister für Wirtschaft und Arbeit beauftragt. Die von mir hierzu vollzogenen Erlasse sind Ihnen inzwischen zugegangen.

Sie haben die beiden Ministerien sechs Monate lang neben Ihrem Amt als Präsident des Reichsbankdirektoriums in aufopfernder Tätigkeit mit Erfolg geleitet. Ich spreche Ihnen hierfür meinen besonderen Dank aus und wünsche Ihnen ein weiteres gutes Gelingen bei Ihren Bemühungen, die Gesundung der deutschen Wirtschaft zu erreichen.

Mit deutschem Gruß
Ihr ergebener (gez.) Adolf Hitler.“

Reichsstatthalterrechte dem Ministerpräsidenten Göring übertragen.

▼ Berlin, 31. Januar.
Im neuen Reichsstatthaltergesetz ist bekanntlich vorgesehen, daß der Führer und Reichsminister für Wirtschaft und Arbeit die Rechte des Reichsstatthalters auf den Ministerpräsidenten übertragen kann. Von dieser Ermächtigung hat der Führer bereits Gebrauch gemacht. Er hat durch Erlass vom 30. Januar die ihm durch Paragraph 10 des Reichsstatthaltergesetzes vorbehaltenen Rechte dem preußischen Ministerpräsidenten Göring zur Ausübung übertragen.

Ständiger Siedlungsbeitrag.

DNB Berlin, 31. Januar.
Nach dem Erlass des Führers und Reichsministers über das Siedlungs- und Wohnungswesen vom 4. Dezember 1934 kann der Reichsarbeitsminister unter der Bezeichnung „Ständiger Siedlungsbeitrag“ einen Beitrag erheben. Der Reichsarbeitsminister hat nunmehr von dieser Befugnis Gebrauch gemacht und den Beitrag erlassen. Zum Vorstehenden des Ständigen Siedlungsbeitrages hat der Reichsarbeitsminister den Siedlungsbeauftragten beim Stabe des Stellvertreters des Führers, Dr.-Ing. L. Dobici, ernannt.

Zeugenvernehmung im Memelländer-Prozess.

Durch Belastungszeugen entlastet.
DNB Rowno, 31. Januar.

Die Zeugenvernehmung im Prozeß gegen die Memelländer verließ auch am Donnerstag ohne wesentliche Ergebnisse. Es wurden ausschließlich memelländische Zeugen vernommen, die über den angeblichen nationalsozialistischen Einfluß der Neumann-Partei in den Schulen des Memelgebietes befragt wurden. Die Vernehmung ergab nicht die geringsten Anhaltspunkte für die Behauptungen der Anklage, daß in den memelländischen Schulen seitens der Lehrer nationalsozialistische Propaganda getrieben worden sei. Im Gegenteil. Ein Teil der beschuldigten und verdächtigten Lehrer wurde sogar durch Aussagen der Belastungszeugen, bei denen es sich in der Hauptsache um litauische Lehrer des Memelgebietes handelte, entlastet. Dr. Neumann ergriff im Laufe der Verhandlung wiederholt das Wort zu den Beschuldigten, daß die „Sovog“ eine staatsfeindliche Tätigkeit entfaltet habe. Die gegenwärtige Entwicklung im Memelgebiet zeige gerade, daß die „Sovog“ ihre Tätigkeit

Die nationalsozialistische Finanz- und Steuerpolitik.

Ein Vortrag des Staatssekretärs Reinhard.

▼ Berlin, 31. Januar.

In der Gesellschaft der Berliner Freunde der Deutschen Akademie sprach am Donnerstag mittag der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, Reinhard, über nationalsozialistische Finanz- und Steuerpolitik. Er ging in seinem Vortrag davon aus, daß die nationalsozialistische Finanz- und Steuerpolitik, solange es in Deutschland Arbeitslosigkeit gebe, in erster Linie auf Verminderung der Arbeitslosigkeit abzielt. Die Reichsregierung habe seit Frühjahr 1933 ein Bündel von Maßnahmen eingeleitet, die darauf abgezielt sind, die Nachfrage nach Gütern und Leistungen zu erhöhen. Die Auswirkungen auf den öffentlichen Haushalt seien: Verminderung des Finanzbedarfes der Arbeitslosenhilfe auf der Ausgaben- und Erhöhung des Aufkommens an Steuern, sonstigen Abgaben und Sozialversicherungsbeiträgen auf der Einnahmeseite.

Staatssekretär Reinhard beleuchtete diese Entwicklung durch einige Beispiele, wobei er besonders die Maßnahmen auf dem Gebiete der Kraftfahrzeugsteuer, das Geleitz über Steuerfreiheit für Erleichterungen und die Vorzinsen über Erleichterungen und Erweiterungen des Anlagevermögens behandelte. In diesem Zusammenhang kündigte der Staatssekretär an, daß in den nächsten Tagen die erste Durchführungsverordnung zum neuen Einkommensteuergesetz erscheinen werde. In dieser Verordnung werde die Vorzinsen betreffend erhöhte Abschreibungen für künftige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens auf solche Gewerbetreibenden ausgedehnt werden, die zwar nicht Vollkaufleute im Sinne des Handelsgesetzbuches sind, die aber trotzdem ordnungsmäßige Bücher führen. Dadurch werde dem steuerlichen Interesse der Kleingewerbetreibenden und der Handwerker entsprochen. Die Durchführungsverordnung werde ferner auch Vorschriften darüber enthalten, was auf die Einkommensteuer schuld für 1934 anzurechnen ist.

Im weiteren Verlauf seines Vortrages sprach Staatssekretär Reinhard von der bedeutungsvollen gesellschaftlichen Aufgabe im Kampf um die Verminderung der Arbeitslosigkeit. Auf Grund des Gesetzes zur Förderung der Beschäftigten seien, so führte er u. a.

aus, bis zum 31. Dezember 1934 365.591 Arbeitslosen im Reich zu verzeichnen. Durch diese Maßnahmen habe sich die Arbeitslosenquote um mindestens 500.000 und der Finanzbedarf der Arbeitslosenhilfe um etwa 250 Millionen Reichsmark vermindert. Ferner habe sich die Zahl der Beschäftigten um 250.000 und die Zahl der Arbeitslosen um 250.000 vermindert. Bei der Zahl der Beschäftigten sind die entsprechenden Ziffern 576.843 und 490.340. Schließlich habe das Gesetz zu einer bedeutenden Erhöhung der Zahl der Haushalte und dadurch zu verstärkter Nachfrage nach Möbeln, Hausgerät und Kleinwohnungen geführt. Bei dem Gesetz zur Förderung der Beschäftigten handele es sich um eine Dauermassnahme. Es würden laufend mindestens 20.000 Arbeitslosen monatlich gewährt, im Jahre rund 250.000.

Die steuerpolitischen Maßnahmen der Jahre 1933 und 1934, sagte der Staatssekretär weiter, hätten der Gesamtheit aller Steuerzahler eine Milliarde Reichsmark gebracht. Im Rechnungsjahr 1934 werde das Steueraufkommen gegenüber dem Rechnungsjahr 1933 um 1.100 Millionen Reichsmark größer sein. Dieses Mehraufkommen sei notwendig zur Abdeckung der Vorbelastungen aus dem Arbeitsbeschäftigungsprogramm und der Vorbelastungen der früheren Jahre. Solange dieser Mehrebedarf bestehe, müsse jegliches Aufkommensmehr grundsätzlich zur Deckung dieses Mehrebedarfes verwendet werden. Sobald die Vorbelastungen sich wesentlich vermindert haben und soweit das Aufkommensmehr nicht zur Verringerung von Mehrausgaben gebraucht wird, die durch die allgemeinen Interessen des Volksganges bedingt sind, werde die Voraussetzung für eine allgemeine Senkung der Steuern gegeben sein. Dabei werde in erster Linie an die Einkommensteuer und an die Gewerbesteuer gedacht werden müssen.

Im dritten Hitlerjahr würden, so schloß der Staatssekretär, die Anordnungsmaßnahmen, die noch im Jahre 1935 laufen, die Dauermassnahmen, wie das Gesetz zur Förderung der Beschäftigten und die neuen Steuererleichterungen, die rund 7,5 Milliarden Reichsmark an Einkommen mehr im Jahre 1934 zu weiterer Verminderung der Arbeitslosigkeit und zu weiterer Gesundung der Verhältnisse zwangsläufig führen.

„Sieg des Friedens in Europa“.

Der Führer empfängt einen portugiesischen Journalisten.

Bemerkenswerte Eindrücke.

DNB Lissabon, 31. Januar.

Die große portugiesische Tageszeitung „Diário de Notícias“ veröffentlicht am Donnerstag in ganz großer Aufmachung auf der ersten Seite die Unterredung, die der Führer und Reichsminister mit dem Redakteur dieser Zeitung, Armando Barentina, geführt hat. Die Unterredung lautet: „Die Saarabstimmung ist mehr als ein Sieg Deutschlands. Sie ist der Sieg des Friedens in Europa.“ Gleichzeitig veröffentlicht das Blatt Lichtbilder vom Führer.

Barentina, der schon einigen Wochen in Deutschland weilte und schon eine Anzahl sehr günstiger Artikel veröffentlicht hat, gibt seinen Landeseindrücken über die tatsächlichen Verhältnisse im Deutschen Reich und widerlegt die Grausamkeiten über Deutschland und seinen Führer, die auch in Portugal vielfach geäußert wurden.

Der Berichterstatter schildert ausführlich die äußeren Umstände beim Empfang durch den Führer. Er beschreibt das Arbeitszimmer in seiner Einfachheit und betont, daß entgegen den Behauptungen der ausländischen Presse Hitler nicht von schwerbewaffneten SS-Leuten bewacht werde, sondern daß er, der Berichterstatter, nur einem einzigen Wächter begegnet sei. Der Eindruck, den die Persönlichkeit des Führers auf ihn machte, sei einprägsam gewesen. Barentina sagt, er habe verstanden, daß der Wille, der aus den staatsläuten Augen spreche, das deutsche Volk veranlasse, dem Führer einmütig zu folgen.

Es folgt dann der Bericht über die Unterredung. Der Führer bedauerte, das schöne Portugal nicht selbst

zu kennen und kam auf die Beziehungen zwischen Deutschland und Portugal zu sprechen. Er sagte wörtlich:

„Die Beziehungen zwischen Deutschland und Portugal haben umso mehr Grund, eng und wirklich herzlich zu sein, als die gegenwärtige politische Situation in Portugal in vieler Hinsicht von denjenigen Prinzipien und Leitfäden inspiriert wird, die das nationalsozialistische Regime in Deutschland leiten.“

Der Berichterstatter, der der Saarabstimmung beigewohnt hatte, wurde vom Führer über seine Eindrücke befragt und äußerte sich darüber wie folgt:

„Das Saarabstimmungsergebnis, über das ich den Portugiesen berichtete, bedeutet zweifellos einen ganz großen Erfolg für Deutschland und für die Politik des Reiches, das ewig Engländer führt. Die ganze Saar ist deutsch, und ich habe mich im Saargebiet immer unter Deutschen gefühlt.“

Nach den internationalen Folgen der Saarabstimmung gefragt, äußerte Barentina:

„Ich bin überzeugt, daß sie ein wertvoller Faktor für den europäischen Frieden, nicht nur für Deutschland und Frankreich, sein werden, und bin überzeugt von dem festen Willen Deutschlands zum Frieden, den ewig Engländer so bestimmt und in kategorischer Weise ausgedrückt hat.“

Der Führer sprach noch die Hoffnung aus, daß der Eindruck des Berichterstatters vom aufrichtigen Friedenswillen Deutschlands auch im portugiesischen Volk Widerhall finden und zur freundschaftlichen Verständigung der beiden Völker beitragen möge.

des Geschäftsjahres 1934 zeigten folgende Unterschiede gegenüber 1933: Im Personen- und Gewerbesteuer + 30,4, im Güterverkehr + 324,9, bei den sonstigen Einnahmen + 8,9 und bei den Gesamteinnahmen + 404,2 Millionen RM.

Zahlreiche Menschen in Spanien erfroren.

Der Winter wird immer härter. — Vor Vernichtung der Apfelsinernte.

Die Kältewelle nimmt zu.

DNB Madrid, 31. Januar.

Der Frost dauert in Spanien mit verschärfter Strenge an und hat bereits zahlreiche Todesopfer gefordert. In der Nähe von Ferrol sind zwei Leute im Schneesturm auf der Landstraße erstorben. Dasselbe Schicksal ereilte Vater und Sohn in der Nähe von Lagrove sowie einen Briefträger aus der Umgebung von Santander. Auch in Madrid und anderen Orten ist bisher eine Reihe obdachloser Bettler erfroren aufgefunden worden. Da sich die Kältewelle auch auf die Levante-Rüste ausdehnt, besteht die Gefahr der Vernichtung der Apfelsinernte. In der Provinz Huesca sind Temperaturen bis zu 20 Grad unter Null gemessen worden. Bei der Saragossa wurde eine Gruppe Sportler von einer Lawine verschüttet. Die Rettung gelang erst nach mühsamer Bergungsarbeit. Auf einigen Eisenbahnstrecken ist der Verkehr eingestellt worden. Auf diese Weise sind auch größere Ortschaften von der Außenwelt abgeschnitten.

Orientexpress kann nicht weiter.

Schwere Hochwasserschäden in Thrazien.
DNB Istanbul, 31. Januar.

Die Hochwasserschäden in Thrazien, die in der Umgebung von Adrianopel gegenwärtig zu großen Schäden an den Eisenbahnen und in den Dörfern führen, werden durch die schweren Beschädigungen der Eisenbahnlinie, die Istanbul mit dem Westen verbindet, werden vier Wochen erforderlich sein. Frühestens nach

Internationaler Hoteldieb vor Gericht.

DNB Berlin, 31. Januar.

Vor der Potsdamer großen Strafkammer hatte sich der bekannte aus Polen gebürtige 34 Jahre alte internationale Hoteldieb Franz Kowalski, der eine große Reihe raffinierter Diebstähle in Berliner, Kölner, Breslauer und anderer Städte begangen hatte und zuletzt unter falschem Namen arbeitete, neuerlich vor verantwortlichen Gerichten in Deutschland und Polen befähigt. Seit laute die Anklage gegen ihn auf schweren Diebstahl in mehreren Fällen. Zur Verhandlung mußte ein Dolmetscher hinzugezogen werden, da der Angeklagte nicht genügend die deutsche Sprache beherrschte. Kowalski war im Sommer vorigen Jahres in Potsdam festgenommen worden, als er gerade in einem großen Hotel Behälter ausraubte. Vorher hatte er u. a. zwei Hotels in Berlin sowie zwei Kölner Hotels Belüftung abgestattet und Wert- und Schmuckgegenstände erbeutet. Vor Gericht spielte der Angeklagte den Unschuldigen. Das Gericht hielt ihn aber in allen Punkten der Anklage für überführt und verurteilte ihn wegen mehrfachen vollendeten Diebstahls in strafbarer Höhe zum Rückfall zu fünf Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust. Außerdem wurde die Zulässigkeit der Polizeiaufsicht ausgesprochen.

Unjozialer Hausbesitzer in Schutzhaft.

DNB München, 31. Januar.

Durch die bayrische politische Polizei wurde der Hausbesitzer Andreas Pabst, München, Mauerfärberstr. 10, in Schutzhaft genommen. Pabst suchte sich auf Kosten der Mieter wie folgt zu bereichern: Mieter, die in seinen Häusern Wohnungen bezogen, mußten diese erst auf eigene Kosten ins Land legen, was bisweilen bis zu 1000 RM kostete. Waren die Wohnungen nun auf Kosten der Mieter in einen guten Zustand versetzt, dann erfolgte die Mietpreissteigerung von 20 bis 33 v. H. Nach der Mieter diese ungerechtfertigte Steigerung, die nur auf mißliebige Veränderung abzielte, nicht an, dann erfolgte zum nächsten Termin Kündigung, weil Pabst hoffte, die wiederzufindende Wohnung teurer vermieten zu können. In einem Falle wurde eine Wohnung, deren Mietzins auf 30 RM angesetzt ist, bis zu 55 RM gesteigert.

Das Ende des Theaters an der Wien.

DNB Wien, 31. Januar.

Da es Direktor Marischka nicht gelungen ist, das Geld für die Bezahlung der rückständigen Gehälter des Personals des Theaters an der Wien aufzutreiben, wird an der Stelle, an der fast alle klassischen Wiener Operetten ihre Aufführung erlebt haben, am Freitag ein Sprechtheaterensemble des Theaters in der Josephstadt ein vorläufiges Gastspiel geben. Das weitere Schicksal des Theaters ist noch unbestimmt.

In Theaterkreisen werden Nachrichten verbreitet über ungeheure Summen, die Direktor Marischka seinen Gläubigern schulden soll. Es sollen Ansprüche von Millionen von Schilling, insbesondere gegen den Karacay-Operettenverlag, dessen Eigentümer und Leiter Direktor Marischka ist, seitens der bekanntesten Operettenkomponisten, wie Schöner, Kalman usw., bestehen. Wie man von eingeweihter Seite erfährt, haben diese bereits Strafanzeigen gegen Direktor Marischka erstattet. Die Polizei hat Marischka den Haft angedroht. Da vor etwa einem halben Jahr die Kreditaufnahme zur Sanierung Marischkas Unternehmen, auf die die Wiener Theater an der Wien betroffen.

Den Wiener Blättern wurde allerdings verboten, über alle diese Ereignisse zu berichten, da man offenbar vermeiden will, daß sich die Bevölkerung der Lausche des Zusammenbruchs der weltberühmten Wiener Operette bemußt wird.

Kinder spielten mit Dynamit.

DNB Budapest, 31. Jan.

Ein furchtbares Unglück ereignete sich in dem Hause eines Bergarbeiters in der Gemeinde Derfida bei Klausenburg. Die drei Kinder des Bergarbeiters, die allein im Hause zurückgelassen waren, fanden beim Spiel in einer Kiste ihres Vaters eine Dynamitpatrone und warfen sie, nachdem sie damit gespielt hatten, in das Herdfeuer. Die Folgen waren furchtbar. Das Haus flog buchstäblich in die Luft. Die Körper der drei Kinder wurden in tausend Fetzen zerrissen. Mit Mühe gelang es den Dorfbesohnern, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken. Als die Eltern zurückkamen, fanden sie nur noch die rauchenden Trümmer ihres Hauses und einige verlorne Kleiderstücke von ihren Kindern vor. Die Mutter erlitt einen Schlaganfall und mußte ins Krankenhaus gebracht werden.

Gefährliches Tauwetter.

Hochwasser in Südbulgarien.
DNB Sofia, 31. Januar.

In großen Teilen Südbulgariens und besonders in der Stadt Haslowe ist es infolge Tauwetters zu großen Überschwemmungen gekommen. In Haslowe wurden durch das Hochwasser mehrere Häuser fortgerissen. Viele andere wurden so schwer beschädigt, daß sie geräumt werden mußten. Besonders stark haben die großen Tabakfabriken gelitten, die sich in dem unteren Teil der Stadt befinden. Die Gebäude in diesen Lagern wurden von den Wasserflüssen fortgeschwemmt. Ein in der Nähe der Stadt gelegenes Dorf steht vollkommen unter Wasser und ist von der Außenwelt abgeschnitten. Menschenleben sind nach den bisherigen Meldungen nicht zu beklagen. An den Dienst des Rettungswesens sind Truppenteile der nahegelegenen Garnisonen gestellt worden.

Nicht Menschen im Autobus erfroren.

DNB Paris, 31. Januar.

Nach Meldungen aus Marasch sind vier mit Eingekerkerten beladene Autobusse in den Schluchten des Taurus seit zwei Tagen eingeschneit. Von 100 Fahrgästen sollen leben oder acht der Kälte oder dem Hunger zum Opfer gefallen sein. Hilfe ist angeblich unterwegs.

Eine vorläu

gemeindeordnu

Spitze den auf

Schaffung ein

das gesamte R

bedeutung dies

ungen des neue

schon Gemein

Reihe von Fo

politik Rechnu

damit erst m

schichte für

ein einzei

den ist. Der

unglaubliche

sehen und über

Zeit der komm

kein Land der

Leichte. Stö

geleh vom 15.

Reichsgemein

verschiedene

der Gestalt ab

Stelle einer n

lichen Regelung

Städte tag aus

ein Reichsges

von Hannover

tag von Wagne

geschlossen, a

alle Gemein

der Städte tag

eines Reichsges

Landesbedürfti

Gewiß wird

dem Gebiet des

Anpassung

heiten, auch

Rheinland und

Hauptstadt, d

nehmung erla

Städte durch d

die Landgemei

Vor Gericht

erlin, 31. Januar.

Landesgericht hatte sich 4 Jahre alte Inter-
esse, der eine große
liner, Kölner, Bres-
hatte und zum Teil
euerlich zu verant-
Gerichte in Deutsch-
laute die Anklage
stahl in mehreren
n Dolmetscher hinzu-
nicht genügend die
ist war im Sommer
men worden, als er
däntisse ausübte.
n Berlin sowie zwei
n und Wert- und
t spielte der Ange-
kelt hielt ihn aber in
führt und verurteilt
lebstahls in Straß-
n Zuchthaus und
wurde die Zulässig-
.

in Schuchhaft.

erlin, 31. Januar.

gel wurde der Haus-
Mauerkircherstr. 10,
e sich auf Kosten der
leiter, die in seinen
diese erst auf
bis zu
ngen nun auf Kosten
verfesselt, dann erfolg-
von 20 bis 33 v. H.
steigerung, die
elte, nicht an, dann
ung, weil Wohlfühl-
ung teuer vermieten
ine Wohnung, deren
ist, bis zu 55 RM

Theaters

erlin, 31. Januar.

gelungen ist, das
rständigen
aters an der Wien
n der fast alle Klaff-
sierung erlebt haben,
des Theaters in der
geben. Das weitere
immet.

hten verbreitet über
ektor Marilida sei-
en Unruhe von
gegen den Karzaga-
nd Leiter Direktor
n Operettenkompo-
ehen. Wie man von
a erfährt, die Wo-
men. Da vor etwa
stakt Verluste zur-
t auch diese Anstalt
Schwierigkeiten des

dings verboten, aber
man offenbar ver-
ung der Laßage des
Wiener Operette

Dynamit.

erlin, 31. Jan.

sch in dem Hause
e Verfall bei Klau-
erbeiters, die allein
den beim Spiel in
amitpatrone
pielt hatten, in das
urchbar. Das
die Luft. Die
den in tausend
elang es den Dorf-
er zu beschaffen.
ie nur noch die
und einige verkohlte
Die Mutter erlitt
ins Irrenhaus ge-

erfrozen.

erlin, 31. Jan.

Zugverkehr wieder
dabin wird für die
ein Umkleegericht
langen Straß-
anopol eingerichtet.
säländische Post mehr

umwetter.

erlin, 31. Januar.

und besonders in
umwetter zu großen
en. In Haslowe
hrere Häuser
en. Besonders stark
gefallen, die sich in
Die Befände in
nfermassen fortge-
gelegenes Dorf
st von der Außen-
nach den bisherigen
nen Dienst des Re-
begelegenen Garni-

us erfrozen.

erlin, 31. Januar.

nd vier mit Eing-
Schulden des Tiff
neit. Von 100
Rüfte ober dem
Bisse ist angeblich

Das Fundament der deutschen Gemeinden.

Von
Dr. Reinhold Heinen,
Dozent für Kommunalpolitik an der
Universität Köln.

Eine vorläufige Würdigung der neuen Reichsgemeindeordnung vom 30. Januar 1935 muß an die Spitze den außerordentlichen Fortschritt stellen, den die Schaffung einer einheitlichen Gemeindeordnung für das gesamte Reichsgebiet darstellt. Die geschichtliche Bedeutung dieses neuen Gesetzwortes, das die Anschauungen des neuen Staates in den Organismus der deutschen Gemeinden einbaut, zugleich aber auch einer Reihe von Forderungen der praktischen Kommunalpolitik Rechnung trägt, liegt in der Feststellung, daß damit erstmalig in der deutschen Geschichte für alle deutschen Gemeinden ein einheitliches Hausgesetz geschaffen worden ist. Der Laie ist immer erstaunt gewesen, über die unglaubliche Zersplitterung in eine Anzahl von Gesetzen und über die vor 1933 bestehende Mannigfaltigkeit der kommunalen Verfassungsformen, wie sie sich im Land der Welt in einer solchen Buntheitigkeit löstete. Löst schon das preußische Gemeindeverfassungsgesetz vom 15. Dezember 1835, auf dem die neue Reichsgemeindeordnung grundsätzlich aufbaut, rund 15 verschiedene Gemeindeverfassungsgesetze von territorialer Geltung ab, so tritt das neue Gemeindegesez an die Stelle einer noch größeren Anzahl von landesrechtlichen Regelungen. Damit sind die insbesondere vom Städtetag ausgehenden Bestrebungen auf Schaffung einer Reichsgemeindeordnung, die mit dem Städtetag von Hannover (1924) begannen und mit dem Städtetag von Magdeburg fortgesetzt wurden, erfolgreich abgeschlossen, allerdings in Form einer unmittelbar für alle Gemeinden geltenden Gemeindeordnung, während der Städtetag seine Anstrengungen auf den Erlass eines Reichsgesetzes richtete, das nur den Rahmen für landesrechtliche Einzelregelungen darstellen sollte.

Gewiß wird die nun geschaffene Einheit auch auf dem Gebiet des kommunalen Verfassungsrechts manche Anpassung an landschaftliche Besonderheiten, auch an die Verfassung der Länder in Rheinland und Westfalen, notwendig machen; die Hauptaufgabe, die jede Gemeinde mit staatlicher Genehmigung erlassen muß, (bisher erhielten nur die Städte durch den Innenminister einen sog. Stadtbefehl, die Landgemeinden nur in Ausnahmefällen einen Gemeindefehl) ist das Mittel zur Berücksichtigung berechtigter Eigentümlichkeiten, allerdings im Rahmen der allgemeinen Regelung der Gemeindeverfassung.

Die rechtliche Gleichstellung von Stadt und Land auch in kommunaler Beziehung, die über ein Jahrhundert hindurch ein unerreichbares Ziel blieb, ist mit der neuen Reichsgemeindeordnung, die in ihrer Präambel wieder bewußt an den Reichsführern vom Stein anknüpft, einen großen Schritt weitergekommen. Auch das wird man gern feststellen.

Die alte wissenschaftliche Streitfrage nach dem Wesen der Gemeinde ist in der neuen Reichsgemeindeordnung, soweit sich übersehen läßt, nicht entfallen worden; das Gesetz bekräftigt sich auf die Feststellung, daß die Gemeinden öffentliche Gebietskörperschaften sind, die sich selbst unter eigener Verantwortung verwalten. Mit dieser gesetzlichen Festlegung der eigenen Verantwortung der Gemeinde für ihre Verwaltung ist jedoch das Hauptmerkmal der kommunalen Selbstverwaltung von Reichswegen erneut festgelegt.

Kenntnisnehmend für die neue Gemeindeordnung ist die Stellung, die sie den Bürgern der Gemeinde für ihre Mitwirkung in der Erledigung ihrer gemeinschaftlichen Aufgaben in der Gemeinde zuweist: Die Erhöhung der Zahl der Ratsherren auf 36 in den Städten (das preußische Gesetz von 1933 hatte eine Höchstzahl von 30), die Festlegung der Höchstzahl für die kreisangehörigen Städte auf 24 und für die übrigen Gemeinden auf 12 läßt die Tendenz zu einer Erweiterung der Mitwirkungsmöglichkeit der Bevölkerung erkennen, während aus der Durchführung des Führergrundgesetzes auch in der Gemeinde die beratende, nicht beschließende Stellung der Gemeindeführerschaft grundsätzlich unverändert geblieben ist. Die volle und ausschließliche Verantwortung und die letzte Entscheidung liegt demnach beim Leiter der Gemeinde. Für die Gemeinderäte besteht die ausdrückliche Pflicht der Vertretung der Fühlung zwischen Verwaltung und Bürgerschaft. Auch die Mitwirkung bei der Auswahl der Vorschläge für die Befragung der Bürgermeister- und Beigeordnetenstellen, die in der preußischen Regelung nicht vorgesehen war, liegt in der angeordneten Linie.

Am Aufbau der Gemeindeverfassung ist die Stellung der NSDAP grundsätzlich verändert worden: Während bisher der örtliche Parteiführer von amtswegen der Gemeindeführerschaft angehört (ebenso bisher auch der ranghöchste Führer des SA bzw. SS), steht er jetzt als Beauftragter der NSDAP neben den Gemeindeführern; er ist also aus den Gemeinderäten herausgehoben und mit wichtigen Aufgaben betraut: bei der Berufung des Bürgermeisters und der Beigeordneten — hier schon in einem frühen Stadium des Verfahrens —, bei der Berufung der Gemeinderäte, bei dem Erlass der Gemeindeordnung ergänzenden Hauptfassung jeder Gemeinde, bei der Ernennung von Ehrenbürgern; er hat das Recht der Teilnahme an den Beratungen der Gemeinderäte bei Angelegenheiten, bei denen er ein gleiches Mitwirkungsrecht hat. Man darf die Bedeutung dieses Aufgabenkreises des Beauftragten der NSDAP, der wohl in der Regel für eine Anzahl von Gemeinden tätig sein wird und dadurch eine größere Vertrautheit mit dem kommunalen Leben besitzt, nicht unterschätzen.

Eine wichtige Neuerung stellt auch die Einschaltung der Reichsstatthalter — in Preußen sind deren Aufgaben den Oberpräsidenten übertragen

— in die Kommunalangelegenheiten dar: Bei ihnen liegt nunmehr die Zuständigkeit für Eingemeindungen und Umgliederungen, wobei wohl für die Landgemeinden und Kreise mit einer weiteren Delegation auf die Regierungspräsidenten zu rechnen ist. Der Wirkungsbereich der Oberpräsidenten hat damit eine wichtige Erweiterung erfahren.

Die neue Reichsgemeindeordnung vermeldet die in Preußen gewählte Lösung, die aus dem Gemeindeverfassungsgesetz die haushaltrechtlichen Bestimmungen herausnahm und diese in einem Parallelgesetz, dem Gemeindeverfassungsgesetz vom gleichen Tage, zusammenfaßte. Ein wesentlicher Teil dieser weitgehenden Einzelregelungen ist in die neue Reichsgemeindeordnung mit übernommen worden, wobei die Hervorhebung der Stellung des Kassenvorstehers zu erwähnen ist. Aus der Rücksicht auf die süddeutschen Verhältnisse ist wohl die Vorschrift zu erklären, daß die Verpflichtung zur Anstellung eines Bürgermeisters oder Beigeordneten mit der Befähigung zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst, die Preußen für alle Städte über 10000 Einwohner festgelegt hatte, nunmehr erst in Stadtkreisen eintritt. Auch die Neuregelung und Vereinheitlichung der Amtsbezeichnungen ist hervorzuheben: Die Beigeordneten heißen einheitlich Stadträte, der Finanzbeigeordnete Stadtkassierer, der erste Bürgermeister in Stadtkreisen Oberbürgermeister, sein ständiger erster Vertreter Bürgermeister, während für die Gemeinderäte in den Städten der alte schöne Titel „Ratsherr“ wieder zu Ehren gebracht worden ist.

Mit der neuen Reichsgemeindeordnung haben die 60000 deutschen Gemeinden, die in unserem staatlichen Organismus wichtige Funktionen zu erfüllen haben und die als Arbeitgeber von Hunderttausenden, als Betreuer einer Million Bedürftiger, als Großauftraggeber für die Industrie und in unserer Wirtschaft von nicht zu unterschätzender Bedeutung sind und durch deren Rassen 40 Prozent der öffentlichen Ausgaben laufen, ein neues Grundgesetz erhalten, auf dem sie weiter arbeiten können im Dienste der Bevölkerung. Die Auswirkungen dieser Neuordnung auf lange Sicht werden aber nicht nur von den Buchstaben der Paragraphen des Gesetzes abhängen, sondern fast noch mehr

von dem Geiste, von dem alle die Stellen geleitet sind, die mit unseren Gemeinden zu tun haben, nicht nur die kommunalen, sondern auch die staatlichen Instanzen.

Der Enkel Millets als Bilderfälscher.

(1) Paris, 31. Januar.

Vor dem Gericht in Fontainebleau begann am Dienstag der Prozeß gegen den Maler Jean Charles Millet, der mit Hilfe des Ehepaars Cazot zahlreiche Bilder als Werke seines berühmten Großvaters und anderer bekannter Maler verkauft hatte. Millet hatte diese Bilder selbst gemalt oder hergerichtet. Die große Zahl der in den Handel gebrachten Fälschungen und die Tatsache, daß der Nachkomme eines gefeierten Künstlers sich zu derartigen Betrügereien hergegeben hat, erregte vor vier Jahren, als man ihm auf die Spur kam, allgemeines Aufsehen. Das Gericht verfügt über ein ziemlich umfangreiches Beweismaterial in Form von nahezu 100 Bildern, die mit Namen oder Buchstaben be-

kannter Maler versehen worden sind. Der Zufall will es, daß der zuständige Richter sich schon einmal mit einer Auffsehen erregenden Fälschung befaßt hatte, und zwar mit dem berühmten Bilde von Gaius.

Beim Verhör erklärte Millet, er habe etwa 100 000 Franken an seinen Fälschungen verdient. Millet gab zu, daß er zahlreiche gefälschte Werke nach England verkauft habe, leugnete aber alle ihm zur Last gelegten Fälschungen. Er will verschiedene Werke seines Großvaters, die schabhaft geworden waren, nur verbessert haben.

Cazot, der neben dem Bilderhandel auch malte, versuchte sich in der Rolle eines bisher bekannten Genies, dessen Können erst jetzt erwieben wurde. Er gab immerhin zu, ein Bild für eine große Summe verkauft zu haben, das ihm nichts gekostet hatte und von ihm nur entsprechend hergerichtet worden war. Von den Zeugen wurde eine von Cazot stammende abgeänderte Kopie eines alten Millet vorgezeigt, für die der Käufer 150 000 Franken bezahlt hatte. U. a. tauchte auch ein Fälscher Siffen auf, der dem jungen Millet mancherlei Fälschungen veräußert hatte.

Der Abschluß des Prozesses ist erst in einer Woche zu erwarten.

Festsetzung der Stadtverordneten Saarbrückens.

Eine Kundgebung der Freude über den Abstimmungssieg.

DNB Saarbrücken, 31. Januar.

Am Jahrestag der nationalsozialistischen Revolution wurde im reichsgemeinschaftlichen Festsaal des Rathauses in Saarbrücken eine feierliche Stadtverordnetenversammlung abgehalten, die sich gleichzeitig zu einer erhebenden Kundgebung der Freude über den deutschen Abstimmungssieg gestaltete.

In seiner Eröffnungsansprache hob der Oberbürgermeister der Stadt Saarbrücken, Dr. Weiles, hervor, daß vielleicht viel Ungemach erpart worden wäre, wenn die Saar ohne Abstimmung an Deutschland zurückgegeben worden wäre. Dann wäre jedoch bestimmt die Saarfrage in einigen Jahrzehnten wieder aufgetaucht und hätte die europäischen Mächte erneut beunruhigt. Dadurch aber, daß die Abstimmung stattgefunden und

ein so eindeutiges Ergebnis gebracht hat, sei die Saarfrage endgültig erledigt. Abschließend stellte Dr. Weiles fest: „Heute vor zwei Jahren hat im Reich der Nationalsozialismus die Macht übernommen. Auch auf diesen Umstand haben fremde Interessenten gelaugt, Hoffnungen aufbauen zu können. Sie haben versucht, ein doppelseitiges Deutschland zu konstruieren und das eine gegen das andere auszuspielen. Alle diese Hoffnungen sind schmachvoll aufgegeben worden. Es gibt nur ein Deutschland, und zu diesem steht die Saar zurück. Heute kann man selbst in französischen Zeitungen lesen: „Deutschland ist Hitler und Hitler ist Deutschland.“ So hat die Saarabstimmung aufklärend und reinigend auf die internationale Politik gewirkt. Wir an der Saar haben in den vergangenen zwei Jahren nur eines bedauert: nämlich, daß wir nicht von Anfang an dabei sein und mitwirken konnten an dem Neuaufbau des Reiches. Wir sehen in der neuen Reichsgliederung, die jetzt im Gange ist, die Erfüllung des tausendjährigen Traumes der Deutschen auf staatliche Einheit. Und gerade wir als gefährdete Grenzmark empfinden, welch starken Schutz uns durch diesen Ausbau des deutschen Einheitsstaates zuteil werden wird. In dem Erfolge der Arbeitsfront im Deutschen Reich, nachdem von sechs Millionen Arbeitslosen bereits vier Millionen wieder in den Arbeitsprozeß eingeschaltet sind, sehen wir eine Leistung, wie sie kein anderes Land der Erde in den letzten Jahren fertig gebracht hat.“

Anschließend hielt der Fraktionsführer der Deutschen Front, Dr. Schweig, ein kurzes Referat, in dem er u. a. ausführte: „Der schicksalhafte Tag, der bestimmt war, im Lichte der Weltöffentlichkeit Wahrheit und Recht an den Tag zu bringen und Rüge und Vergewaltigung eines der unselbstigsten Paragraphen des Diktats von Versailles zu erweisen, dieser schicksalvolle Tag, den mit der ganzen Saarbevölkerung die Bürgerfront, die gewählten Vertreter und die Verwaltung der Stadt Saarbrücken seit über 15 Jahren herbeisehnte, liegt hinter uns als der Tag des Sieges, auf den wir in unerschütterlichem Glauben an unser deutsches Land und unser Volk an der Saar und an die ewige göttliche Gerechtigkeit allen Widerstehern, Irrenden und Verführten gegenüber gewartet haben. Als Tag dieses noch unaussprechlichen zukunftsreichen Sieges, dessen Eindeutigkeit mit einem Schlage eine üble Weltpresse zu verlegenem Schwelgen brachte und starke Verhältnisse in allen sogenannten politischen Fragen um das Saargebiet, sei es für uns und Deutschland, sei es für Frankreich und den Völkerverbund gebracht hat, wird der 13. Januar 1935 ehern in die Tafeln der Geschichte unserer Zeit eingegraben bleiben.“

Auf Antrag Dr. Schweigs wurde sodann einstimmig beschlossen, der Hauptstraße Saarbrückens, die Bahnhofstraße, in Adolf-Hitler-Straße, den Landwehrplatz in Fort-Wessel-Platz und die Breitenstraße in Jakob-Johannes-Straße umzubenennen. Es soll damit, wie Dr. Schweig ausführte, hervorgehoben werden, wie zutiefst in allem die Ueberzeugung liegt, daß gerade die kraftvolle Führung des neuerstandenen Dritten Reiches den Endsieg in so kurzer Frist und so umfassender Weise erst ermöglicht hat.

Stehend sang die Versammlung dann abschließend das Deutschland- und das Fort-Wessel-Lied. Auf dem Platz vor dem Rathaus hatte sich eine riesige Menschenmenge versammelt, die durch Lautsprecher dem Sitzungsverlauf gefolgt war.

Handel mit Doktordiplomen und Diplomatenpässen.

Prag, Ende Januar.

In Prag wurde die Tätigkeit einer Betrügerbande aufgedeckt, die mit Doktordiplomen einer belgischen Universität und falschen Diplomatenpässen handelte. Die Polizei nahm eine Reihe von Verhaftungen vor. Am traurigsten ist wohl das Schicksal des letzten Verhafteten, des 73-jährigen früheren Pfarrers Dr. Edward Neumann. Bis zum Jahre 1924 war Dr. Neumann römisch-katholischer Geistlicher, fiel dann aber vom Glauben ab und wurde 1925 Pfarrer der tschechoslowakischen Kirche. Weil er handwerksmäßig bei Einschreibungen auch Andersgläubiger, vielfach auch bei der unerlaubten Einschreibung römisch-katholischer Verstorbenen, assistierte, entsetzte ihn 1931 das tschechoslowakische Kirchengericht seines Amtes. Dr. Neumann brachte es fertig, seine Ruhezuge als ehemaliger römisch-katholischer Seelsorger einzuklagen und den Staatsbehörden gegenüber seine Angehörigkeit zur römisch-katholischen Kirche infolge eines Formfehlers beim Austritt nachzuweisen. Auch führte er zu Unrecht den Titel eines Professors. Seit seiner Entlassung vollzog er Feuerbestattungen ohne Rücksicht auf die Konfession der Eingekerkerten, und bediente sich dabei eines eigenen von ihm erdachten Ritus und Ornaments, jedoch weder die katholischen noch die tschechoslowakischen, weder orthodoxe noch andere Kircheninstanzen gegen ihn einschreiten konnten. Erst jetzt auf Grund anderer Vergehen im Zusammenhang mit der erwähnten großen Titelaffäre entschloß sich die tschechoslowakische Polizei, die nach dem Vollzug einer Einschreibung im Prager Krematorium stattfand.

Der Leinwender Hof in Ennsweihingen, ein Besitz des Reichsaussenministers Freiherrn von Neurath wurde zum Erbsitz erklärt. Herr von Neurath wird demnach Erbsitzer. Man nimmt an, daß er einen Verwalter befehlen wird.

Großer Aufzug der Wache am Tage der nationalen Erhebung.



Am 30. Januar, am Jahrestag der nationalsozialistischen Machtergreifung, marschierte die Reichswache in Berlin mit verstärkter Mannschaft über die Linden, die von großen Menschenmassen umfüllt waren. Das Bild zeigt die Wache unter Vorantritt der Kapelle vor der Berliner Universität.

Zum hundertjährigen Jubiläum des Revolvers.

Newport, Ende Januar.

In Newport wurde die hundertste Wiederkehr des Tages gefeiert, an dem der Ingenieur Samuel Colt den von ihm erfundenen Revolver zum Patent anmeldete. Es ist der hundertste Geburtstag des Revolvers, der heute noch verbreitetsten und beliebtesten Waffe, der damit begangen wurde.

Ueber das Leben des Erfinders Colt weiß man heute nicht entfernt mehr, wiewohl, wie über die Entwicklung seiner Erfindungen. Es scheint, daß der junge Colt — er war 21 Jahre alt, als er seine bedeutungsvolle Erfindung anmeldete — eine Abenteurernatur war, ein verwegenes Geselle, dem es wenig einfallen konnte, sich über die Verbesserung seines Schießpistols den Kopf zu zerbrechen. Mit 14 Jahren war er zu Hause ausgestiegen, um zur See zu fahren. Als Schiffsjunge fuhr er über viele Meere und besuchte zahlreiche Länder, darunter auch England, wo der Londoner Tower besichtigte. Eine uraltle Hafenbühne, die ein drehbares Schloß hatte, erregte seine Aufmerksamkeit. Auf der Heimfahrt nach Amerika grubelte er über die Wertbarkeit des seltsamen Mechanismus nach; er schätzte aus Holz das Modell eines Revolvers, dessen schließliche Formel sich automatisch drehen sollte, ohne daß man den Hahn zu spannen brauchte. Einige Jahre später war aus dem Modell der fertige „Colt-Revolver“ geworden, der es innerhalb kurzer Zeit zur Berühmtheit brachte.

In dem blutigen Feldzug gegen die Florida-Indianer vom Jahre 1837 legte der „Colt“ in den Händen der Regierungstruppen seine Feuerprobe ab. Er bewährte sich so hervorragend, daß Colt während des mexikanischen Krieges den Auftrag erhielt, die ganze Armee mit seinem Revolver auszurüsten. Er baute in Hartford eine große Fabrik, die bis zu 1000 Revolvern täglich herstellte.

Seine größte Popularität erwarb sich der schließliche „Colt“ aber nicht beim Militär, sondern bei den Pionieren des „Wilden Westens“, wo die wilde Romantik, die wir jetzt nur noch aus Indianerbüchern kennen, damals noch lebhaft blühte. Die Cowboys und die Farmer des Westens wählten den Colt einer Waffe zu schätzen, die ihnen erlaubte, sechs- bis hundertmal abzuschießen, ohne den Hahn zu spannen oder zu laden, und deren laubere Konstruktion eine große Treffsicherheit ermöglichte. Aus jener Zeit werden fast ungläubliche Geschichten berichtet über die fabelhafte Geschwindigkeit, mit der Jäger und Cowboys mit dem schweren „Colt“ umzugehen verstanden. Sie erfanden die Kunst, aus der Tasche zu schießen, mit beiden Händen gleichzeitig zu feuern und — zu treffen und tötend andere Rangküde. Der „Colt“ war die Instanz, die das strenge Recht der Prärie aufrechtstellte; er hat aber auch einen bedeutenden Anteil gehabt an der Ausrottung der Indianer und an der Ausbreitung des Verbrechens.

Nach einer Ankündigung des Reichslenkleiters H. a. d. a. m. o. s. t. y. sollen ab 14. Februar regelmäßig Werte unbekannter zeitgenössischer Komponisten als Reichslenkungen über alle deutschen Sender gehen. Dabei: junge Komponisten an die Front, damit die Gegenstandslosigkeit von Zweifeln an der Existenz eines begabten Komponistennachwuchses durch die Tat erwiesen wird!

Am Ende der Meldung „Das Saargebiet wird Reichsgau“ in unserer gestrigen Ausgabe ist durch ein technisches Versehen der Schluss nur unvollständig wiedergegeben worden. Es lautet richtig: „Deshalb ist nach dem Gesetz festgelegt worden, daß das Saargebiet ein Verwaltungsbereich des Reiches ist, an dessen Spitze ein Reichskommissar steht, der die gleichen Befugnisse wie der Reichsstatthalter gegenüber den Reichslenkungsverwaltungen hat. Der Reichskommissar für das Saargebiet ist ferner die Spitze der Landesverwaltung und schließlich rückt er an die Stelle des Provinzial- und des Landesfürsorgeverbandes.“

Turnen - Spiel - Sport.

Dier Spiele in der westfälischen Gauliga.

Im Gau Westfalen

Sind Schulte und Höntrup, dessen Spieler bekanntlich den Westfalen im Bundespokal-Wettbewerb in der Reichshauptstadt gegen Brandenburg vertreten, spielfrei. Viktoria Kedinghausen die wohl endgültig dem Abstieg verfallen sein dürfte, trifft auf Preußen Münster, die nach hartem Kampfe frapp das bessere Ende für sich haben sollten. Westfalia Herne und Union Kedinghausen tragen sich ebenfalls mit Abstiegssorgen. Herne ist heimlich als recht spielfest zu bezeichnen, jedoch mit einem Siege des Platzvereins zu rechnen sein sollte. Die Spvgg Herne mühte in heimlicher Umgebung in der Lage sein, die Bochumer Germania hinter sich zu lassen, während Hülken 09 über den Deutschen SC Hagen die Oberhand behalten mühte.

Vertrath oder Fortuna?

Im Gau Niederrhein

Ist nun der Tag herangekommen, an dem sich die Vertrath und Fortuna Düsseldorf das Rückspiel liefern. Die Vertrath haben auf den Vorteil des eigenen Platzes verzichtet und den Kampf ins Düsseldorf'sche Rheinstadion geleitet, ohne daß aber dadurch der Niederrheinmeister benachteiligt sein dürfte, denn Vertrath spielt auf großen Plätzen bekanntlich weitaus erfolgreicher als auf eigenem Gelände. Fortuna Düsseldorf ist durch das letzte Unentschieden der Vertrath gegen Krefeld bis auf drei Punkte herankommen, jedoch Fortuna im Gewinnfall nur noch um einen Punkt hinter dem Krefelder. Wir geben aber der Vertrath die besseren Aussichten. Rotweiss Oberhausen mühte mit der Rheinländer Spvgg fertig werden; Borussia Gladbach und Schwarz-Weiß Essen sollten sich in die Punkte teilen, während Duisburg 99 und der Sommerberger Spvgg ebenfalls mit einem Teilerfolg zufriedengestellt sein dürften.

Im Gau Mittelrhein

wird die Absteigsfrage noch sehr viel Kopfzerbrechen bereiten. In Gefahr ist der Bonner FC, der diesmal gegen den Tabellenzweiten Kölner FC angetreten hat. Mehr als ein Unentschieden werden die Bonner aber selbst auf eigenem Platz kaum herausholen können.

Schwere Kraftfahrzeug-Winterprüfung.

75 Bewerber schon ausgefallen.

Garmisch, 31. Januar.

Längst schon konnten sich alle Fahrer nach den wahrlich nicht leichten Anforderungen des ersten Fahrtages der Kraftfahrzeug-Winterprüfung der wohlverdienten Ruhe hingeben, da war die sportliche Leistung immer noch mit der Feststellung des Tagesergebnisses beschäftigt. Wenn man schon angenommen hatte, daß viele ausbleiben würden, auf 75 Teilnehmer war man doch nicht gefaßt. Nach einer bitteren Nacht - das Thermometer war bis auf minus 10 Grad heruntergegangen - brachte schon die übliche Startprüfung erhebliche Minuspunkte. Verlangt wurde, den Motor binnen zweier Minuten in Gang zu setzen, vielen gelang dieses aber nicht und so wurden 35 Fahrer mit der Höchstpunktzahl von Strafpunkten be-

Handel und Wirtschaft.

Die Lohnsteuer ab 1. Januar 1935.

Der Reichsminister der Finanzen teilt folgendes mit:

Lohnsteuerabführung ab 1. Januar 1935.

Für Lohnzahlungen, die für einen Lohnzahlungszeitraum geleistet werden, der nach dem 31. Dezember 1934 endet, können die Arbeitgeber die einbehaltenen Lohnsteuer nur noch in der durch Ueberweisung abführen.

Entkommen der Lohnsteuer markten dürfen für die einbehaltenen Lohnsteuer ab 1. Januar 1935 nicht mehr verwendet werden. Die bei den Einkommensteuern bis zum 15. Februar 1935 noch verfügbaren Einkommensteuermarken dürfen nur noch zur Entrichtung derjenigen Lohnsteuer verwendet werden, die für einen Lohnzahlungszeitraum einbehalten worden ist, der vor dem 1. Januar 1935 endet.

Die Einzelheiten der Einbehaltung und Abführung der Lohnsteuer ab 1. Januar 1935 ergeben sich aus dem Merkblatt für die Erhebung der Lohnsteuer, das bei den Finanzämtern unentgeltlich zu haben ist, soweit es den Arbeitgebern noch nicht von den Finanzämtern überhandt worden ist.

Tägliche Steuerzahlungen sind möglichst nicht an der Kasse des Finanzamts in bar, sondern durch Postcheck, Ueberweisung, Zahlkarte oder dergleichen zu entrichten. Auf der Rückseite des Ueberweisungsabschnittes oder dergleichen muß stets vollständig genau angegeben werden, wofür die Zahlung dient.

Zeitpunkt der Abführung.

a) Allgemeine Abführung: Für Lohnzahlungen in der Zeit vom 1. bis 15. eines Kalendermonats ist die einbehaltenen Lohnsteuer vom Arbeitgeber bis zum 20. dieses Kalendermonats, für Lohnzahlungen in der Zeit vom 16. bis zum Schluss des Kalendermonats bis zum 5. des folgenden Kalendermonats abzuführen. Beträgt die gesamte Lohnsteuer aus der ersten Monatshälfte nicht mehr als 200 Mark, so braucht sie, zusammen mit der Lohnsteuer aus der zweiten Monatshälfte, erst bis zum 5. des folgenden Monats abgeführt zu werden.

b) Bei Kleinbetrieben: (Das sind Betriebe mit nicht mehr als 5 Arbeitnehmern bei Beginn des Kalenderjahres oder bei der Betriebseröffnung). Die Lohnsteuer ist abzuführen, wenn sie für alle Arbeitnehmer zusammen 50 Mark übersteigt, jedenfalls aber spätestens zum 5. des auf das abgelaufene Kalendermonats folgenden Monats. Abzuführen ist in beiden Fällen an die Finanzämter der Betriebe. Die abgeführten Beträge sind ausdrücklich als Lohnsteuer zu bezeichnen. Die Steuermarken der Arbeitgeber und der Zeitraum, für den die Lohnsteuer einbehalten ist, sind bei Ueberweisung der Beträge auf ein Konto des Finanzamts anzugeben.

laßt, da sie mehr als sechs Minuten brauchen. Insgesamt erhielten schon bei dieser Prüfung 110 Teilnehmer Strafpunkte. Schon früh war die Sonne hervorgekommen, und das Schneetreiben, das schon am ersten Tag die Fahrt so anstrengend gemacht hatte, hatte auch aufgehört. Auf den schmalen, kurvenreichen Straßen, die teilweise noch vereist waren, war das Tempofahren nicht ganz leicht. Suber-Windchen wurde dabei aus einer Kurve mit seinem Kraftwagen herausgetragen und landete im Straßengraben. Glücklicherweise ging aber alles, bis auf die defekte Vorderachse, gut ab. Auch diesmal wurde die Überprüfung verlangt. Die Personen- und Kraftwagen hatten den Wölbinger Berg zu nehmen, die Motorräder wurden auf die schwere Kesselfelgstraßen geschickt. Hier wie auch an anderen interessanten Stellen verfolgte Reichswehrminister Generaloberst von Blomberg zusammen mit Korpsführer Fühnlein mit Interesse die Geschehnisse.

Um die Deutsche Eishockey-Meisterschaft.

EV Füssen schlägt Berliner Schlittschuh-Club!

Im Treffen um die Deutsche Eishockey-Meisterschaft standen sich am Donnerstag der Eislauf-Verein Füssen und der Berliner Schlittschuh-Club gegenüber. Wenn man auch von den Füssener eine gute Leistung erwartet hatte, so übertraf doch ihr Ratter 5:0-Sieg über die Reichshauptstädter, die schon in ihrer ersten Runde das Spiel weitaus reichlich hart durchgeführt, und in den beiden ersten Dritteln ergaben die Bonner keinen Treffer. Im zweiten Drittel mußte der Berliner Orkanwisch verkehrt ausfallen, so daß im letzten Teil des Kampfes, der unter hartem Nebel und Schneetreiben außerordentlich litt, die Füssener noch dreimal die Scheibe in das Berliner Tor befördern konnten.

Niesersee - Brandenburg 3:0.

In der Gruppe B trafen am Donnerstagnachmittag der Titelverteidiger Brandenburg Berlin und der SC Niesersee aufeinander. Bayerns Meister, in dessen Mitte der eigens aus London nach Garmisch-Bartenstein gefommene von Beismann-Hollweg mitwirkte, fliegte durch bessere Einzel- und Mannschaftsleistung verdient mit 3:0 (2:0, 1:0, 0:0).

Christel Cranz Deutsche Ski-Meisterin.

Garmisch, 31. Januar.

Die Deutschen Winterportmeisterschaften wurden am Donnerstag in Garmisch-Bartenstein mit dem Slalom-Lauf für Frauen fortgesetzt. Wieder war es die Freiburgerin Christel Cranz, die im Slalomlauf siegreich blieb und somit die Frauenmeisterschaft im Slalom und Abfahrt errang. Christel Cranz erreichte die Höchstnote von 200 und verteidigte damit ihren Titel mit Erfolg.

Die Ergebnisse zum Damen-Slalom und zur Kombination Slalom: 1. Christel Cranz-Freiburg 1:43,3 (50,9 u. 52,4), 2. Habi Pfeiffer-Danfsch 1:48 (53,9 u. 54,2), 3. E. Pinching-England 1:59,7 (62,1 u. 57,6), 4. Lotte Baader-Freiburg 2:00,3 (59,4 u. 60,9).

Kombination: 1. und Deutsche Meisterin 1935: Christel Cranz-Freiburg mit Note 100, 2. Lotte Baader-Freiburg 98,11, 3. Habi Pfeiffer-Danfsch 91,67.

Die allgemeinen Hoffnungen, daß sich Spanien schon in kürzester Zeit wieder in seiner Verrücktheit und auch in der Nationalität betätigen kann, können noch keine Erfüllung finden. Spanien hält sich zurzeit im Sommerhaus „Vergamontseil“ auf und hat immer noch Gehbehörden. Sehr wahrscheinlich wird von einem Wiedereintritt nicht mit seinem Wiederauftreten zu rechnen sein.

Hypotheken auf Kleinwohnungsbauten.

Das Reichswirtschaftsministerium teilt mit: Nachdem der Reichswirtschaftsminister und preußische Minister für Wirtschaft und Arbeit genehmigt hat, daß die öffentlichen Grundkreditinstitute für öffentlichen Grundkredit die erstellte Hypotheken auf Kleinwohnungsbauten bis zur Höhe von 50 Prozent der Gesamterstellungskosten in größerem Umfang als bisher gewähren dürfen, ist nunmehr im Interesse der Förderung des Kleinwohnungsbau diese Erweiterung auch bei den preußischen öffentlichen Kreditinstituten durch Bundesgesetz angeordnet worden. Danach können erstellte Hypotheken bis zu 50 Prozent der Gesamterstellungskosten gewährt werden, wenn a) ein vom Reich, von einem Lande oder von einer Gemeinde (Gemeindeverbände) gegebenes oder verbürgtes Darlehen der ersten Rangsstellung folgt, b) eine zweite Hypothek nicht erforderlich ist oder c) wenn - ohne Inanspruchnahme öffentlicher Mittel oder Bürgschaften - die Nachbelaufnahmen anderer Art so gering sind, daß durch eine Gesamtbelaufung von 50 Proz. der Gesamterstellungskosten nicht überschritten wird und als sicher anzunehmen ist, daß durch diese Nachbelaufnahmen die Ertragsfähigkeit des Wohnungsbau und die Sicherheit der ersten Hypothek nicht in Frage gestellt werden.

Berliner Börse.

Berlin, 31. Januar.

Die Börse legte auf Gewinnmitnahmen in übermäßig schwächerer Haltung ein. Das Geschäft war im allgemeinen ruhiger als an den Vortagen, doch berichteten einzelne Banken über eine weiter recht erhebliche Veräußerung des Vorkaufs. Daß die in den letzten Tagen erreichten hohen Kurse zu Glanzleistungen Anlaß gaben, war vorausgesetzt. Die Rulle hielt sich vorläufig noch mit Neuanbahnungen zurück, so daß die Kurse überwiegend um 0,5 bis 1 Proz. nachgaben. Als Störung wurde der weitere Rückgang von Orenstein u. Koppel um 3 Proz. empfunden, nachdem es heißt, es sei nicht ausgeschlossen, daß keine Dividende verteilt wird. In Börsenkreisen hatte man bekanntlich mit einer bescheidenen Wiederaufnahme der Dividenden-Zahlung gerechnet. Eine Reihe von Dividendenrückstellungen, die weiter zurechtstellende Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung durch die Börse bekräftigten, boten der Tendenz im Verlauf einen guten Rückhalt.

Märkte.

Metalle.

Berlin, 31. Jan. Elektrolytkupfer (Weisbach) 99,50. Al für 100 kg netto 11 Hamburg, Bremen oder Rotterdam. Aluminium 98-99 91,14, Aluminium I. Waag. o. Dr. 148, Reinmetall 98-99 92,70, Silber in Barren 900 44,25-47,25.

Dortmunder Getreidemarkt.

X. Dortmunder, 31. Jan. Weizen 76-77 kg gekehrt. Erzeugerpreis: Preisgebiet II 15 207, 14 206, 13 205, 12 204, 9 201, weiz. Roggen 72-73 kg gekehrt. Erzeugerpreis: Preisgebiet II 14 176, 13 165, 12 164, 11 163, 9 161, Hafer 48-49 kg gekehrt. Erzeugerpreis: Preisgebiet II 19 160, 18 168, 16 165, 15 165, 14 164, 13 162.

Amtliche Devisenkurse.

Berlin, den 31. Januar 1935

Telegraphische Auszahlung	1. Jan. 31. 1.	1. Jan. 31. 1.	1. Jan. 31. 1.	1. Jan. 31. 1.
Aegypten 100 Pfd.	12,51	12,54	12,505	12,535
Argentinien 100 Pfd.	0,620	0,620	0,620	0,620
Belgien 100 Belg.	58,17	58,28	58,17	58,25
Brasilien 100 Milreis	0,194	0,196	0,194	0,196
Canada 100 Can.	1,047	1,043	1,047	1,045
China 100 Yuan	2,506	2,512	2,501	2,507
Dänemark 100 Kron.	54,50	54,60	54,48	54,56
Frankreich 100 Franc	61,22	61,38	61,22	61,36
England 100 Pfd.	12,505	12,535	12,505	12,535
Finnland 100 Finn.	5,39	5,40	5,385	5,39
Frankreich 100 Franc	16,41	16,43	16,41	16,43
Irland 100 Pfd.	2,354	2,358	2,354	2,358
Italien 100 Lire	168,30	168,42	168,30	168,42
Japan 100 Yen	56,23	56,35	56,21	56,33
Litauen 100 Lit.	21,30	21,34	21,30	21,34
Letland 100 Let.	0,710	0,712	0,710	0,712
Litauen 100 Lit.	5,649	5,651	5,649	5,651
Litauen 100 Lit.	60,92	61,08	60,92	61,08
Litauen 100 Lit.	11,63	11,71	11,63	11,71
Litauen 100 Lit.	61,34	61,46	61,32	61,44
Litauen 100 Lit.	18,50	18,58	18,50	18,58
Litauen 100 Lit.	46,99	47,09	46,99	47,09
Litauen 100 Lit.	11,08	11,10	11,075	11,085
Litauen 100 Lit.	2,488	2,492	2,488	2,492
Litauen 100 Lit.	2,53	2,53	2,53	2,53
Litauen 100 Lit.	80,72	80,83	80,72	80,83
Litauen 100 Lit.	34,03	34,09	34,03	34,09
Litauen 100 Lit.	10,40	10,42	10,40	10,42
Litauen 100 Lit.	1,573	1,577	1,573	1,577
Litauen 100 Lit.	1,049	1,051	1,049	1,051
Litauen 100 Lit.	2,507	2,513	2,505	2,511

Arbeitgeber, die a) Lohnsteuer monatlich abzuführen müssen, müssen bis spätestens zum 5. des folgenden Monats für den nächsten Monat, b) Lohnsteuer vierteljährlich abzuführen haben, bis spätestens zum 5. des folgenden Monats für den verfallenen Vierteljahr die Lohnsteueranmeldung der Finanzämter der Betriebe einreichen. Sie muß vom Arbeitgeber oder seinem rechtlich befugten Vertreter unterschrieben sein. Borsende zu Anmeldungen werden vom Finanzamt kostenlos geliefert.

Eine Lohnsteueranmeldung muß auch dann abgegeben werden, wenn im Anmeldebereich vorübergehend keine Lohnsteuer einbehalten war. Der Arbeitgeber hat in diesem Fall auf der Anmeldung zu bezeichnen, daß er im Anmeldebereich keine Lohnsteuer einbehalten hatte. Wenn eine Arbeitnehmer mehr beschäftigt werden und der Arbeitgeber dies dem Finanzamt mitteilt, braucht keine Lohnsteueranmeldung mehr eingeleitet zu werden, bis wieder Arbeitnehmer beschäftigt werden.

Senkung der Stickstoffpreise!

Der Reichsminister für Preisüberwachung teilt mit: Auf Grund der in den letzten Tagen mit dem Reichs- und preußischen Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft, dem Reichsanhalt und dem Stickstoffverband gepflogenen Verhandlungen ist folgendes festgelegt:

Zur erfolgreichen Durchführung der Erzeugungsschlacht der deutschen Landwirtschaft wird mit sofortiger Wirkung für den Rest des Düngejahres ein Sonderabschlag auf den Stickstoffpreis gewährt; er beträgt für Stickstoffdünger 5 Wg. für Kalziumstickstoff 3 Wg. je Kilogramm Stickstoff. Dies bedeutet im Durchschnitt eine Preisermäßigung um etwa 7 v. H.

Um die Abnehmer der zu Dezember- und Januar-Preisen vom Stickstoffverband bezogenen Düngemittel vor unmittelbaren Verlusten zu schützen, gewährt das Stickstoffverband auf diese Mengen inwieweit eine Vergütung, als der Februar-Preis abzüglich des Sonderabschlages unter den Dezember- und Januar-Preisen liegt. Darüber hinaus wird eine Rückvergütung nicht gewährt.

Am Zusammenhang hiermit wird die Barzahlungsvergütung auf 1,5 v. H. festgelegt.

Die deutsche Landwirtschaft kann auf die Weitergewährung der Preisermäßigung für das Düngejahr 1935-36 nur dann rechnen, wenn eine wesentliche Abmilderung der stickstoffhaltigen Düngemittel erreicht wird.

Weißhafer: Aufschlag 7; Futtergerste: 59-60 kg, gekehrt. Erzeugerpreis: Preisgebiet II 14 172, 13 170, 12 169, 11 167, 10 166; Tordenshinkel 8,70; Steffen-Schnitzel 80 Proz. 10,90; vollw. Futtergerste 55 Proz. 10,90 ab Jafarit. Die Preise verstehen sich bei Getreide per To., Futtermittel per 100 kg waggongefüllte Dorrung, in Ladungen von 15 000 kg. Die Preise für Stroh verstehen sich per 300 waggongefüllte Dorrung oder 100 waggongefüllte Dorrung. Weizenmehl: Grundtyp 790 I. W. 27,15; Weizenmehl-Typ 2000 7. W. Aufschlag: Roggenmehl I. W. 987 I. R. 24 28,90, 13 28,85, 12 28,70, 11 28,55, 9 28,45; Roggenmehl I. W. (Roggenbrotmehl) Typ 1870 Aufschlag auf die vorgenannten Weizenmehl: 3,50; Weizenmehl I. W. 11,90, 11,85, 11,80, 12 11,75, 9 11,55; Roggenmehl I. R. 15 10,45, 13 10,30, 12 10,25, 11 10,20, 9 10,05. Zugl. 0,50 Pfandausgleich frei Empfangsstation gemäß Anordnungen der W.B. Weizenmehl mit einer Beimischung von 20 Proz. Auslandswaggon Aufschlag: 3 p. 100 kg, mit einer Beimischung von 10 Proz. Aufschlag: 1,50 p. 100 kg. Weizenabfälle ab Mühle. Tendenz: ruhig.

Berliner Getreidegroßmarkt vom 31. Januar 1935.

Amtliche Preise in Mark, bei Getreide und Mehl für 1000 kg, bei Mehl und Kleie für 100 kg, sonst für 50 kg.

Weizen, mkt., Durchschnittspreis: 76,77, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658, 659, 660, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691, 692, 693, 694, 695, 696, 697, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 705, 706, 707, 708, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 717, 718, 719, 720, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 780, 781, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 788, 789, 790, 791, 792, 793, 794, 795, 796, 797, 798, 799, 800, 801, 802, 803, 804, 805, 806, 807, 808, 809, 810, 811, 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818, 819, 820, 821, 822, 823, 824, 825, 826, 827, 828, 829, 830, 831, 832, 833, 834, 835, 836, 837, 838, 839, 840, 841, 842, 843, 844, 845, 846, 847, 848, 849, 850, 851, 852, 853, 854, 855, 856, 857, 858, 859, 860, 861, 862, 863, 864, 865, 866, 867, 868, 869, 870, 871, 872, 873, 874, 875, 876, 877, 878, 879, 880, 881, 882, 883, 884, 885, 886, 887, 888, 889, 890, 891, 892, 893, 894, 895, 896, 897, 898, 899, 900, 901, 902, 903, 904, 905, 906, 907, 908, 909, 910, 911, 912, 913, 914, 915, 916, 917, 918, 919, 920, 921, 922, 923, 924, 925, 926, 927, 928, 929, 930, 931, 932, 933, 934, 935, 936, 937, 938, 939, 940, 941, 942, 943, 944, 945, 946, 947, 948, 949, 950, 951, 952, 953, 954, 955, 956, 957, 958, 959, 960, 961, 962, 963, 964, 965, 966, 967, 968, 969, 970, 971,

Nachdem Reichswehrminister Generaloberst von Blomberg in den letzten Monaten einige Wochen zur Erholung überhals Berlins weilte, wird nunmehr der Chef der Heeresleitung, General der Artillerie Freiherr von Fritsch, im Aufbruch an die Heeresunterstützungen eingeht. Erholungsurlaub in den alpinen Bergen verbringen, nach dessen Beendigung die Befestigung einiger jüdischer Stanoorte im Aufbruch genommen ist.

Der Betriebsappell bei Flender.

Ansprache des Oberbürgermeisters Irrgang an die Gefolgschaft.

— Bocholt, 31. Januar.

Wie in allen andern größeren Betrieben Bocholts fand am Mittwoch auch bei der Firma A. Flender und Co. ein Betriebsappell und zwar in der festlich geschmückten Maschinenhalle statt. Da dieser Appell keine besondere Bedeutung durch die Anwesenheit des Oberbürgermeisters Irrgang erhielt, der übrigens auch vor der Gefolgschaft der Firma Frentrop gesprochen hat, gehen wir nachfolgend etwas näher auf die Veranstaltung ein.

Nach dem Einmarsch der Fahnen begrüßte Betriebszellenobmann Wilhelm Jamin im Namen der Gefolgschaft den Ortsgruppenleiter Thieda und besonders den Oberbürgermeister. Mit seiner Anwesenheit sei der Gefolgschaft die Anerkennung gegeben, eine mühselige Gemeinschaft zu sein, in der Kameradschaftsgeist und Volksergebenheit gepflegt werde.

Der Mitinhaber Franz Tangerding

danke ich dem Oberbürgermeister herzlich für sein Erscheinen. Der Oberbürgermeister befand sich in besonderem Interesse an der Firma, die nicht nur in Bocholt, sondern weit über Bocholt hinaus einzig in ihrer Art dasteht. Es sei das auch höhere Orts durch den Ausbruch gekommen, daß der Juniorschiff, Herr Dipl.-Ing. v. d. Horst, ein Mitglied der Wirtschaftsprüfungskommission, Staatsrat Blohm (Samburg) zum Leiter der Fachuntergruppe Transmissionsen ernannt worden sei. Herr Tangerding kam jedoch auf die Bedeutung des 30. Januars zu sprechen und fuhr etwa fort: Die Ereignisse und Erfolge der letzten zwei Jahre und die Tatsache, daß hier weit mehr als die doppelte Anzahl Menschen in Brot und Arbeit stehen, haben wir einzig und allein unserem Führer zu verdanken. Adolf Hitler strebt nur das eine an, nicht nur unserm Vaterlande, sondern der Welt den wirklichen Frieden zu bringen. Wir denken an ihn, den unermüdeten Kämpfer durch vierzehn schwere Jahre, der, verhöhnt und verlacht von aller Welt, unentwegt und mit nie erlassender Zähigkeit seinem Ziele zutreibt, das hier: „Deutschland“, bis dieses Ziel am 30. Januar 1933 erreicht war. Er schuf uns das neue Deutschland der Kraft, der Treue und der Ehre. Herr Tangerding schloß mit dem Gebüß, daß wir als seine Kameraden haben das selbe getan — erklärt, daß es in erster Linie darauf ankomme, dem deutschen Vaterlande und in unwandelbarer Treue zum Führer. Dann nahm

Oberbürgermeister Irrgang

das Wort zu einer Ansprache, der wir folgendes entnehmen: Der 30. 1. 1933 war für die meisten unserer Vorgesetzten eine neue Regierung, wie wir sie im Laufe von 15 Jahren hintereinander erlebt haben. Die vergangenen zwei Jahre aber werden einem jeden bewiesen haben, daß mehr als das am 30. Januar geschahen war, daß nicht einfach das deutsche Volk von einer anderen Gruppe Menschen regiert wurde, sondern daß von diesem Tage an der Aufbau eines neuen Deutschlands, einer ganz neuen Welt begann. Die äußere Form des Umbruchs haben Sie alle miterlebt. Aber nicht die äußeren Umstellungen sind das Entscheidende. Adolf Hitler hat in seinem ganzen Kampf — und wir als seine Kameraden haben das selbe getan — erklärt, daß es in erster Linie darauf ankomme, dem deutschen Volk wieder aufwärts zu helfen, daß

die wahre Volksgemeinschaft das wichtigste

dabei ist. Adolf Hitler hat uns gezeigt und wir Jungen haben von ihm gelernt, daß niemals die äußere Form des Menschen für seine Bewertung ausschlaggebend sein darf, sondern nur der Arbeitswert, der Wert des Charakters eines Menschen, ganz gleich, an welcher Stelle er dient, denn er in seinem Dienst das selbe wert wie der, der am Schreibtisch sitzt, der Verwaltungsbeamte ist; es kommt nicht darauf an, ob der Platz, auf den ihn das Leben gestellt hat, groß oder hoch ist, sondern es kommt darauf an, ob er den Platz mit der richtigen Innbrünnlichkeit ausfüllt. Nicht die Art der Arbeit bestimmt den Wert des Menschen, sondern die Gewissenhaftigkeit und die Treue, mit der die Arbeit verrichtet wird. Und die Menschen, die ihr Leben nicht für ihr Vaterland einheben, die schalten sich aus einer Gemeinschaft aus, die allein berufen ist, Deutschland hochzubringen. Und diese Volksgemeinschaft ist geschaffen worden. Wir Nationalsozialisten haben erklärt und erläutern es heute noch: die Sorge um den in Not geratenen Volksgenossen ist nicht Aufgabe eines Bürokraten, sondern ist Aufgabe der Volksgemeinschaft. Und wenn wir am Jahrestag der Machtübernahme Adolf Hitlers vom Winterhilfswerk 23 Millionen Mark an diesem einen Tage an Kassenheben und Lebensmittelausgaben an notdürftige Volksgenossen ausgeben konnten, dann ist das kein Geld aus Steuergrößen oder aus dem Behördenapparat, sondern ist Geld, das wiederum Tausende von Völkern und Parteigenossen zusammengebeutelt haben von denen, die es sich noch erlauben können, zusammengebeutelt aus einer aufrichtigen Solidarität heraus, zu helfen.

Und so gibt es heute, wo in allen deutschen Gauen Betriebsappelle stattfinden, keine bessere Gelegenheit, darauf hinzuweisen, daß Du, Arbeiter, gar nichts bist ohne jenen Arbeiter des Kopfes und ohne jenen Menschen, der sein Geld in den Betrieb steckt und es nicht, wie das früher einmal in manchen Betrieben geschah, an der Kasse anlegt, daß Du ohne jenen Kopfarbeiter gar nichts bist und sein kannst. Und jener soll erkennen, daß er sich das Lebensrecht des anderen nicht abtrotzen lassen darf, sondern daß es dieses Lebensrecht diesem eigenen Lebensrecht gleichstellen muß.

Aus der Volksgemeinschaft muß so das eine hohe erwachen: die Solidarität aller Deutschen für einander, damit ein jeder von uns, der in Not kommt, als eine Selbstverständlichkeit die Hilfe der Volksgemeinschaft erhält und nicht eine Unterstützung durch die Fürsorgeämter. Und zu diesem Handeln und strengen Deutschland gibt es nur einen Führer, nur den Mann, der durch die soziale Not selbst hindurchgehen mußte wie irgendeiner von uns, der Mann, der für seine Nation 4 Jahre lang im Dreck des Schützengrabens gelegen hat. Glücklich das Volk, das als Führer diesen Mann hat!

Wenn wir uns hier darüber klar werden, daß ein jeder die Arbeitskameradschaft hält, nicht nur unter sich sondern auch zu seinen Mitmenschen, dann wird sich das von diesen Sätzen der Arbeit ausbreiten über ganz Deutschland und dann wird, wenn uns die übrige Welt dieses Wunder einmal nachmachen wird, eine Welt wirklicher Nationen entstehen, von der Völkern bisher nur träumten und schwärmten. Die Welt von Nationen die einander achten, denn in der Selbstachtung liegt die Stärke des Arbeiterturns, des geistigen Arbeiterturns des großen Unternehmertums. Wenn ich mich selbst achte und stolz auf mich bin, dann werde ich diesen Stolz auch anderen lassen. In der Respektierung des anderen liegt das Recht, auch die Anerkennung seiner eigenen Leistung zu fordern. Und aus dem Dritten Reich ist das

stolz bewusste Führertum hervorgegangen, das nicht mehr sich absondert, nicht kämpft gegen andere Schichten der Nationen, sondern die stolz fühlen und diesen Stolz als Hauptstütze des Dritten Reiches zu verteidigen haben. Heil Hitler!

Der Appell fand seinen Abschluß mit einer Auf-

Amt Piederu-Werth.

Die Ausgabe der Reichsverbilligungsscheine

für Speisefette erfolgt nach Mitteilung des Amtsbürgermeisters am Montag, dem 4. Februar 1933, vormittags von 8 bis 12 Uhr, auf dem Amtszimmer 2. Lohnempfänger wollen eine Bescheinigung über das im letzten Monat erzielte Einkommen vorlegen. Die Ausgabe der Scheine erfolgt nur an dem oben genannten Tage. Später gestellte Anträge können nicht berücksichtigt werden.

Verteilung der Jagdpacht.

a. Die Verteilungspläne über die Einnahmen aus der Ausübung der Jagd in den Jagdbezirken Bienenhorst, Hemden, Holtwid, Lieden, Mussum, Sport, Stenern und Suderwid liegen vom 2. Februar ds. J. ab zwei Wochen lang im Dienstzimmer 2 des Amtes Piederu-Werth zur Einsicht der Jagdgenossen öffentlich aus. Gegen die Verteilungspläne ist binnen zwei Wochen nach Benachrichtigung der Auslegung Einspruch bei dem Jagdvorsteher zulässig. Der Termin zur Auszahlung der Anteile wird demnachst von der Gemeindefolge festgelegt werden.

Suderwid

Ein neuer Geflügelzuchtverein.

8. Künftig wurde hier ein Geflügelzuchtverein für Suderwid und Umgegend gegründet, der sich zum Ziel gesetzt hat, die Geflügelzucht nach Kräften zu heben und zu pflegen. Dem Vorstand des Vereins gehören an: Heinrich Kemm als 1. Vorsitzender, Bränting als 2. Vorsitzender, Bernhard Wildenbest als Kassier.

Aus dem Amt Rhede.

Tretet der NSD bei!

Deutscher Mann! Deutsche Frau! Die NS Volkswohlfahrt steht seit der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus in schwerem Kampf gegen alle Not und Gefahr des deutschen Volkes. Sie führt aus dieser Erkenntnis heraus im Amtsbezirk Rhede eine große Mitgliederwerbung durch.

Sie wendet sich an Dich:

Werde Mitglied der NS Volkswohlfahrt! Deine Mitgliedschaft ist der Ausdruck wahrer Volksgemeinschaft.

Dreher, Bürgermeister.

Bramhoff, Ortsgruppenleiter.

Wegmann, Amtsleiter der NS.

Zwei Paare im Silbertranz.

1. Am heutigen Tage und am morgigen Samstag feiern zwei Ehepaare in Rhede das Fest der silbernen Hochzeit. Im Kreise der Kinder und Kindeskindesten begeben sich heute das Ehepaar Johann Rüdiger und Frau Gertrud geb. Hüls (Südstraße) das 25-jährige Ehejubiläum, während am morgigen Tage die Eheleute Wilhelm Kattigall und Frau (Vorländer Straße) das Fest der silbernen Hochzeit begehen. Beide Paare begeben den Tag in bester Gesundheit. Das „Volkswort“ wünscht ihnen zum Ehrentage recht viel Glück und Segen für die Zukunft.

Der Radportklub „Wanderlust“

pachtet die Radrennbahn.

1. Am letzten Sonntag führten die Bestrebungen des Radportklubs „Wanderlust“ Bocholt, die Rheder Radrennbahn zu pachten, zu einem erfolgreichen Abschluß. Radfahrerverein „Central“ Rhede verpachtete auf zwei Jahre die Bahn an den Bocholter Klub, der also in Zukunft als Veranstalter für die hier ausgeübten Rennen verantwortlich zeichnet. Traditionsgemäß finden die großen Eröffnungsparaden am Ostermontag statt. Hoffentlich hat der Bocholter Radportklub mit seinem Unternehmen Glück und findet bei den hiesigen Radportfreunden die nun einmal notwendige Unterstützung.

Verteilung der Ehrenkreuze an die Dingdener Kriegsteilnehmer.

i. Dingden, 30. Januar.

Am Mittwochabend fand im Hengstmannschen Saal die Verteilung der Ehrenkreuze für die Frontkämpfer, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen statt. Der

Kriegsereignisseführer Hermann Tieden eröffnete die Feier, begrüßte die Ehrentagenden auf herzlichste und dankte für das zahlreiche Erscheinen; ganz besonders begrüßte er den Verbandsleiter Krüger, Bürgermeister Dörner, der es sich nicht hatte nehmen lassen, an dieser Feierabend teilzunehmen, sowie den Ortsgruppenleiter Kloppe. Er machte noch darauf aufmerksam, daß diese Zusammenkunft ausschließlich dem Zweck der Verteilung gewidmet sei. — Sodann erteilte er dem

Verbandsleiter Krüger

das Wort, der seine Ausführungen mit herzlichsten Begrüßungsworten an alle Ehrentagenden einleitete. Er rechnete es sich als eine große Ehre an, am heutigen Abend die Verteilung der Ehrenkreuze vornehmen zu dürfen. Ganz besonders aber freue es ihn, daß die Verteilung am 30. Januar erfolge, der wohl für alle Zeiten als ein großer geschichtlicher Tag im deutschen Vaterland gefeiert werden würde. In großen Zügen legte er dann die Bedeutung dieses Tages dar. 2 Jahre sei es jetzt her, daß die Uebernahme der Regierung durch Adolf Hitler erfolgt sei. Von diesem Tage an sei mit einem Schlag der Parteienhader verschwunden. Ebenfalls seien die Grenzspälle innerhalb des Deutschen Reiches gefallen, so daß dasjenige einige deutsche Vaterland hervorgegangen sei. 4 Jahre habe der Führer Adolf

Hitler das Betriebszellenobmannes Jamin, die bisher schon gezeigte Opferbereitschaft erneut zu beweisen durch Beitritt zur NS Volkswohlfahrt. Mit einem dreifachen Siegel hat der Führer, dem Abhängen der vaterländischen Lieber und dem Ausmarsch der Fahnen fand der Betriebsappell sein Ende.

Es mag vermerrt werden, daß ein sehr großer Teil der Gefolgschaft sich sofort der NSV angeschlossen hat, so daß zu erwarten steht, daß die Gefolgschaft der Firma Flender ebenso wie sie schon jetzt reißlos der Deutschen Arbeitsfront angehört, demnachst ebenso reißlos der NS Volkswohlfahrt angeschlossen sein wird.

Werth

p. Verammlung der NS Frauenchaft. Am Montag fand eine Verammlung der NS Frauenchaft statt, an der auch die Kreisleiterin, Frau Müllers (Bocholt), teilnahm. Die bisherige Führerin der Ortsgruppe, Frau W. B. Wagner, verließ zum Bedauern der Mitglieder Werth. An ihre Stelle mußte eine neue Führerin gewählt werden. Das Los entschied zugunsten von Frau W. B. Wagner. Anerkennungswert ist es, daß Frau Wagner freiwillig den arbeits- und opferreichen Posten der Führerin übernehmen wollte. Im weiteren Verlauf der Verammlung wurde beschloffen, daß jede Beamtin der NS Frauenchaft beitreten müsse. In einer Ansprache betonte die Kreisleiterin, daß die Ortsgruppe Werth, wenn sie auch die kleinste im ganzen Kreis Werth sei, gleichwohl wegen ihrer Opferbereitschaft im höchsten Ansehen bei der Kreisleitung stehe.

s. Verammlung der Arbeitsopfer. Am kommenden Sonntag, vormittags 11 Uhr, findet in der Wirtschaft le Breuil eine Verammlung der Arbeitsopfer von Werth und Herbolsholt statt. Hierzu sind sämtliche Unfall- und Invalidenrentner aus den beiden Gemeinden eingeladen. Kreisleiter Deis (Reddinghausen) wird einen Vortrag halten. Anschließend findet eine Rechtsberatungsstunde statt.

1. Kein Weinbruch. Gottlieb stellt sich die Verletzung des Rheder Spielers Dahlhaus nicht als so schwer heraus, wie zuerst angenommen wurde. Nach einer eingehenden Untersuchung im hiesigen St. Vinzenz-Hospital wurde nur eine Ausstufung des Gelenkes festgestellt; das Bein ist nicht gebrochen. Einige Wochen wird der Heilungsprozeß jedoch in Anspruch nehmen.

a. Preisfischen der Kriegsopfer. Die NS Kriegsopfererziehung, Ortsgruppe Rhede, hält in den Lokalen der Wirtz-Franz Kößing und Theodor Demming ein großes Preisfischen ab. Es kommen etwa 50 Preise zur Verteilung, darunter als Spitzenpreis ein Herrenfahrrad. Diese Preise sind im Schaufenster des Wirtz-Franz Kößing Wilhelm Bittling am Markt ausgestellt. Für die einzelnen Wehrverbände ist je ein Sonderpreis ausgesetzt. Es wird darum noch besonders empfohlen, sich an dem großen Preisfischen zu beteiligen, da die Ausfischen großen Erfolg versprechen. Der Schluß des Preisfischens ist am 10. Februar, abends 11 Uhr. Anschließend findet im Saale des Kameraden Franz Kößing die große Preisverteilung statt.

x. Devisenvergehen. Ein Einwohner aus Rommer, der gelegentlich in Holland Verwandte besuchen wollte, und einen Geldbetrag von 55 M. bei sich trug, aber bei der Zollkontrolle im Zuge des Zollbeamten angeht, nur 15 M. bei sich zu haben, mußte die üble Erfahrung machen, daß man nicht ungestraft einen so hohen Geldbetrag ins Ausland einführen könne. Die 55 M. wurden beschlagnahmt. Außerdem erhielt er wegen Devisenvergehens eine Geldstrafe von 150 M. zwülfiert.

D. Verkehrsunfall. Am Donnerstag morgen ereignete sich auf der Hindenburgstraße in Friedrichsfeld ein Verkehrsunfall. Der Lieferwagen einer Biergroßhandlung aus Rhede, der eine größere Ladung nach Bortrop bringen sollte, kam auf der glatten Straße von der Fahrbahn ab und fuhr gegen einen Straßenbaum. Hierbei wurde der Wagen, besonders der Motor, stark beschädigt. Die drei Insassen des Kraftwagens erlitten Schnittwunden am Kopf und an den Händen. Der Wagen wurde im Laufe des Nachmittags abgeschleppt.

gewaltige feindliche Uebermacht gegen uns getämpft habe. Viele von denen, die ausgegossen seien, die Heimat gegen die Uebermacht von Feinden zu schützen, könnten nicht mehr das Ehrenkreuz tragen, weil sie im Feindesland ihr Grab gefunden hätten. Dieser Helden wollen wir gedenken, durch Erheben von den Vätern und uns ihrer immerdar erinnern — Die Musik intonierte sodann das Lied vom guten Kameraden, während sich die Anwesenden von den Vätern erhoben.

Wir wollen, so führte der Redner weiter aus, mit diesem Kreuz die Erinnerung an den Tag legen, daß wir gewillt sind, alles das, was wir besitzen, ja unser Leben zu geben für das Vaterland. Besonders der Jugend soll es als Symbol dienen, damit auch sie dereinst würdige Streiter und Kämpfer für das Vaterland würden.

Hierauf überreichte er den Kameraden das Ehrenkreuz, jeden einzelnen beglückwünschend. Sodann brachte er auf den Führer ein dreifaches Siegel aus, in das alle begeistert einstimmten. Anschließend folgten das Deutschland- und das Horst-Weisel-Lied.

Nach dem Gange dieser Nieder nahm

Bürgermeister Dörner

das Wort, um namens der Gemeinde die Träger der Ehrenkreuze zu beglückwünschen. Er gab seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß die Kameraden bis zum Ende ihrer Tage es tragen würden. Auch er gedachte in warmen und ehrenden Worten der Heldenaten des verstorbenen Reichspräsidenten von Hindenburg.

Der Kriegerehrenführer Tieden dankte den Rednern für ihre Ausführungen. Bürgermeister Dörner richtete noch an alle die Bitte, das Winterhilfswerk zu unterstützen und die Plakette „Mutter u. Kind“ zu kaufen.

Hierauf wurde noch bekannt gegeben, daß das Amt für Reisen, Wandern und Urlaub in der Zeit vom 16. bis 18. Februar eine Sonderfahrt zur internationalen Automobilausstellung in Berlin veranstaltet. Der Preis für diese Fahrt beträgt einschließlich Bahnfahrt ab Münster, Uebernachtung, Frühstück und Eintritt für die Ausstellung 16,50 M. Für Mittag- und Abendessen hat jeder Teilnehmer selbst zu sorgen.

i. Ergebnis der Sammlung am Sonntag. Das Ergebnis der Kornblumen-Sammlung am letzten Sonntag betrug 52 M. Der Betrag ist für das Auslandsdeutschtum bestimmt.

Stadt Borken.

Hofelner Nienhaus 90 Jahre alt.

Der älteste Gastwirt Westfalens.

8. Am 30. Januar wurde der älteste Bürger der Stadt Borken und wohl der älteste Gastwirt von Westfalen, Herr Johann Bernhard Nienhaus, der weit über die Grenzen der Kreisstadt hinaus bekannt ist, 90 Jahre alt 1883 erhielt er die Konzession für die Gastwirtschaft, die später zum Hotel ausgebaut wurde, dessen Inhaber heute der Sohn Heinrich Nienhaus ist. Dem Jubilar wurden anlässlich seines Geburtstages zahlreiche Ehrungen aus nah und fern zuteil. Besonders freute es ihn, daß der Westfälische Rundfunk seiner gedachte.

Wie sehr heute noch Bernhard Nienhaus an seinem Gastwirtsberuf hängt, das beweist die Tatsache, daß er bei der Gratulationscour in einer kurzen Dankesansprache auf die Worte des Wirtvereinsführers Söhngen einging. Er erzählte dann, wie in den letzten Jahren immer die Kappusbauern aus der weiteren Umgebung zum Markt bei ihm ausgepant hatten, wie er die Pferde vortrieb und auch die Leute im Hause oder bei den Nachbarn unterbringen mußte. Da ging er eines Tages zum damaligen Bürgermeister, der ihn aber vor der Stadt die Konzession haben wollte. Und schließlich hat er sie dann doch ohne größere Schwierigkeiten erhalten, und so konnte Nienhaus 1883 den Wirtshaus vor dem Hause geben. Aus diesen Anfängen hat sich das jetzt über fünfzig Jahre alte Borkener Hotel Nienhaus entwickelt. Wie rege Vater Nienhaus heute noch ist, das beweist die Tatsache, daß er noch gerne bei jeder Gelegenheit seinen Stuhl in der Wirtschaft spielt und daß er sogar genau während des Siefles mitfährt. Und als kürzlich ein Gegenstand glaubte, gerade gewonnen zu haben, da wachte Vater Nienhaus beim Beginn des Siefles schon „he bet blos Nienhausfisch“. Und das bestätigte sich dann auch. Möge der Jubilar noch recht viele Jahre der Senior von Borkens Bürgerchaft bleiben!

Die Schulung der Jungbauern.

Eine Verammlung der Ortsfachbearbeiter im Kreise Rees. Im Lokale Gelbermann in Wesel fand eine Tagung der Ortsfachbearbeiter des Kreises Rees statt. Kreisabteilungsleiter Dr. G. Steinhilber leitete die Tätigkeit der Jungbauernschulung des Kreises Rees im vergangenen Jahr. In diesem Jahre wird die Hauptaufgabe sein, die gesamte Landjugend zu erfassen, um sie zu schulen und ihre nationalsozialistische Gebantenwelt beizubringen.

Dr. A. Loh stellte fest, daß die Organisation und die Tätigkeit der Jungbauernschulung im Kreise Rees sich in einem Idealzustand befindet, der in der großen Rheinprovinz einzig dasteht. Sämtliche Führer und Leiter der Jungbauernschulung werden, um den hohen Wert der Kameradschaft kennen zu lernen und darüber hinaus, um sich weiterzuentwickeln und vor allem arbeitspolitisch schulen zu lassen, durch die beiden Führer in Xanten und Marienthal (Eifel) gehen müssen. Eine weitere Aufgabe ist Neubildung des alten Brautstums, der alten Sitten und Gebräuche. Der Weg hierzu gehe über die zu veranstaltenden Dorf- und Gemeindefestabende. Auf den Festabenden habe bäuerliche Fröhlichkeit mit Lied und Volkstanz zu herrschen. Weiter müsse die Aufklärungsarbeit in familiärer Beziehung — Vermeidung der Verwandtschafts- mit erneuter Tauffahrt einziehen.

Kreisabteilungsleiter Dr. G. Steinhilber gab bekannt, daß die Mitgliederliste wieder aufgehoben sei; es können aber nur solche Jungbauern aufgenommen werden, die bereits einer NS-Formation angehören. Sodann folgten die Berichte der einzelnen Ortsfachbearbeiter des Kreises, wie auch derselben des Bezirksfachbearbeiters des Schulbezirks Haltern.

Dr. Steinhilber beauftragt, sofort mit den Vorarbeiten zum Berufswekkampf zu beginnen.

Stabsleiter Dr. Paff wies zum Schluß auf die große Verantwortung, die auch der Ortsfachbearbeiter trage, hin.

Turnen / Spiel / Sport

Achtung! Geländelauf für das W. H. W.

Sämtliche Läufer treffen sich am Sonntag um 14.30 Uhr an der Turnhalle zum Umlleiden. 14.45 Uhr ist Start aller Klassen von der Ede Nordallee — Hemdener Straße. Die Strecke führt über die Nordallee hin und zurück. Am Wendepunkt stehen Zeichen für die verschiedenen Klassen und Kontrollen. Meldungen werden noch am Start entgegengenommen. Start und Ziel fallen auf einen Punkt.

Es wurde auf befehl des nichts befehl erwidern sollende tolle.

Die er...
Die von la...
mit großer Sp...
fischen Be...
vormittag um...
Ministerpräsi...
traf der Lord...
Unterhändler...
darauf folgten...
der Lord...
Laval dem...
Wagen entfiel...
Kameraleuten...
folgten die vie...
Noel und No...
Die Bormit...
Anschließend...
Downing Stre...
haltungen der...
der Wirtshaus...
wurde verlautet...
freundschäftliche...
Anschließend...
Verhandlungen...
Street 10 über...
am Sonnta...
zukehren. C...
handlungen bis...
Nach einem...
englisches...
news über die...
nimmt jedoch...
und Stelle zu...
sprachen un...
Zeit zu bringen...
daß MacDonald...
vormittag den...
auf hingewiesen...
nach Anlich...
wichtigste...
Anmerkungen...
die Gesner...
Wirtung zu...
Man nimmt...
Franken auf...
deutschen Regie...
Richtung beweg...
Gleichberechtigt...
Sicherheitsbürg...
zeitig vertragen...
jeht hatte Fran...
Küfcher nach G...
Weiter erläßt...
am Freitag: Das...
Frühstück, das...
den ganzen...
grüßungsrede...
eröffnete, und...
allgemeine Dar...
war, befehlte die...
fragen, wobei...
naturgemäß ein...
des britischen...
Befprehungen...
Man nimm...
über die B...
Nützlichkeite...
werden könn...
bieten würd...
brachte un...
Frankreichs...
Die letzte...
Problem ei...
naturgemäß bet...
Gegen 19 U...
Downingstreet...
gen wieder auf...
An zukünftig...
tagabend noch...
verhandlungen...
daß sich ton...
bar noch ni...
Es wurde auf...
behaftet des...
nichts befehl...
erwidern soll...
vollendete...
solle.